

HypoVereinsbank Jahresabschluss AG 2000

Geschäftsbericht 2000
Jahresabschluss AG

INHALT

LAGEBERICHT

3	Geschäftsverlauf und Lage
12	Risikobericht

JAHRESABSCHLUSS

40	Bilanz
46	Gewinn- und Verlustrechnung
48	Anhang

Lagebericht

I. GESCHÄFTSVERLAUF UND LAGE

1. DIE INTEGRATION DER BANK AUSTRIA – EIN BEDEUTENDER SCHRITT DER BANK DER REGIONEN

Bank der Regionen

Im Jahr 2000 haben wir unsere Strategie der Bank der Regionen weiter konsequent umgesetzt und sind durch den Zusammenschluss mit der Bank Austria unserem Anspruch als führende Privatkundenbank im europäischen Wettbewerb einen großen Schritt näher gekommen. Gemeinsam mit der Bank Austria sind wir mit über acht Millionen Kunden Marktführer in den Heimatmärkten Süddeutschland und Österreich sowie in den rasch aufstrebenden Wachstumsregionen Zentral- und Osteuropas (siehe hierzu auch Band Konzernabschluss und Perspektiven, Kapitel »Die Bank der Regionen in Europa«).

Erwerb Bank Austria

Im ersten Schritt dieses Zusammenschlusses hatte die Bank Austria ihren Geschäftsbetrieb in eine neue Gesellschaft (Bank Austria AG) ausgegliedert und fungierte selbst nur noch als Holding (BA Holding AG), die die Geschäftsanteile an der Bank Austria AG hielt. Anfang Dezember 2000 wurden die Geschäftsanteile an der Bank Austria AG in die HypoVereinsbank als Sacheinlage gegen Gewährung von 114 Millionen neuen HypoVereinsbank-Aktien aus einer Kapitalerhöhung eingebracht. Anfang Februar 2001 wurde die BA Holding AG auf die Bank Austria AG im

Wege eines Down-Stream-Mergers verschmolzen, die BA Holding-Aktionäre tauschten ihre Aktien im Verhältnis 1:1 gegen die neuen HypoVereinsbank-Aktien um. Damit wurden die bisherigen Bank Austria-Anteilseigner unmittelbar HypoVereinsbank-Aktionäre. Die Anzahl der Aktien der HypoVereinsbank erhöhte sich durch die Transaktion um 114 Millionen oder rund 27% auf 535 Millionen. Die Gewichtung der HypoVereinsbank in den internationalen Aktienindizes stieg entsprechend.

Integrationsfahrplan

Das Integrationskonzept sieht vor, dass die Bank Austria innerhalb unserer Gruppe die Bank der Regionen für Österreich sowie die Staaten Zentral- und Osteuropas wird. Die HypoVereinsbank dagegen hat die regionale Kompetenz für Deutschland, Westeuropa, Amerika und Asien. Für die Integration ist ein straffer Zeitplan vorgesehen. Bereits Mitte 2001 sollen die Bank Austria-Einheiten in Zürich, London, New York und Asien in die bestehenden Konzerneinheiten integriert sein sowie die künftigen Strukturen in Tschechien und Ungarn feststehen. In Österreich und Polen wird die Zusammenführung voraussichtlich in 2003 abgeschlossen sein.

2. ERFOLGSRECHNUNG

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2000	1999	Veränderungen	
	in Mio €	in Mio €	in Mio €	in %
Zinsüberschuss	3 358	3 866	- 508	- 13,1
Provisionsüberschuss	1 238	1 061	+ 177	+ 16,6
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	383	307	+ 76	+ 24,9
Verwaltungsaufwendungen	3 011	3 003	+ 8	+ 0,3
Personalaufwand	1 717	1 654	+ 63	+ 3,9
Andere Verwaltungsaufwendungen ¹	1 294	1 349	- 55	- 4,1
Aufwendungen für E-Commerce	102	—	+ 102	>+ 100,0
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen	26	- 41	+ 67	>+ 100,0
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	1 892	2 190	- 298	- 13,6
Risikovorsorge	781	1 576	- 795	- 50,5
Betriebsergebnis	1 111	614	+ 497	+ 81,1
Saldo sonstiges Geschäft	- 59	406	- 465	>- 100,0
Außerordentliches Geschäft	- 117	- 276	+ 159	+ 57,6
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340 g HGB	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	935	744	+ 191	+ 25,7
Steuern	229	185	+ 44	+ 23,8
Jahresüberschuss	706	559	+ 147	+ 26,3
Einstellungen in Gewinnrücklagen	250	200	+ 50	+ 25,0
Bilanzgewinn	456	359	+ 97	+ 27,0

¹ Einschl. Normalabschreibungen auf Sachanlagen.

Zinsüberschuss	<p>Der Zinsüberschuss hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 13,1% auf 3358 Mio € ermäßigt. Gründe dafür waren u. a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> – der anhaltende Wettbewerbsdruck auf die Zinsspanne (1,05% nach 1,27% im Vorjahr), der zu strukturellen Veränderungen auf der Refinanzierungsseite sowie höheren Volumensanteilen von Geschäften mit niedrigerer Marge führt; – die bewusste Begrenzung des Wachstums unserer Risikoaktiva, – die deutlich rückläufige Nachfrage nach Immobilienfinanzierungen sowie – der Rückgang des Fristentransformationsergebnisses auf Grund der abgeflachten, teilweise sogar inversen Zinsstrukturkurve. <p>Positiv dagegen haben sich höhere Erträge aus unserem Anteilsbesitz niedergeschlagen. Hierzu zählt auch die erstmals phasengleich vereinahmte Dividende der Bank Austria in Höhe von 116 Mio €.</p>
Provisionsüberschuss	<p>Beim Provisionsüberschuss erreichten wir trotz der schwierigeren Marktverhältnisse in der zweiten Jahreshälfte mit 1238 Mio € eine Steigerung gegenüber dem Vorjahresergebnis um 16,6%. Das Wertpapier- und Depotgeschäft trägt 56,3% (1999: 51,9%) zum Provisionsüberschuss bei. Hier hat sich insbesondere der Absatz von Publikumsfonds unserer Asset Management-Töchter positiv ausgewirkt. Erfreulich haben sich auch die Ergebnisbeiträge aus dem Konsortialgeschäft, dem Außenhandelsgeschäft, der Vermögensverwaltung sowie aus Beratertätigkeit entwickelt. Den Anteil des Provisionsüberschusses an den gesamten operativen Erträgen erhöhten wir dadurch von 20,4% auf 24,7%.</p>
Anteil Provisionsüberschuss an operativen Erträgen	
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	<p>Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften steigerten wir gegenüber dem Vorjahr deutlich um 24,9% auf 383 Mio €. Das Ergebnis wurde hauptsächlich im kursbezogenen Geschäft erzielt.</p>
Verwaltungsaufwendungen	<p>Auf Grund unseres strikten Kostenmanagements liegen die Verwaltungsaufwendungen mit 3011 Mio € im Berichtsjahr auf Vorjahresniveau (+ 0,3%). Die Personalaufwendungen nahmen um 3,9% auf 1717 Mio € zu. Der Anstieg resultierte u. a. aus dem gestiegenen Anteil höher qualifizierter Mitarbeiter sowie aus dem höheren Aufwand für Pensionsrückstellungen. Entlastend wirkte sich die Ausgliederung unserer Wertpapierabwicklung in die neu gegründete Tochter »Financial Markets Service Bank« aus. Die anderen Verwaltungsaufwendungen inklusive der Abschreibungen auf Sachanlagen verminderten sich um 4,1% auf 1294 Mio €. Die</p>
Cost-Income-Ratio	<p>Cost-Income-Ratio hat sich auf Grund der niedrigeren operativen Erträge (– 3,6%) trotz stabiler Verwaltungsaufwendungen von 57,8% auf 60,2% leicht verschlechtert.</p>
Aufwendungen für E-Commerce	<p>Das Internet führt zu starken Veränderungen des Kundenverhaltens. Um uns hierauf noch besser einzustellen und unsere multioptionalen Vertriebswege auszubauen, haben wir in diesem Jahr ein Sonderbudget für E-Commerce-Aktivitäten in Höhe von 102 Mio € bereitgestellt und in der Erfolgsrechnung gesondert ausgewiesen (zu den E-Business-Aktivitäten vergleiche auch die Ausführungen zu unseren WebPower-Projekten im Band Konzernabschluss und Perspektiven).</p>

Bewertungsergebnis Kreditgeschäft	Die Risikovorsorge für unser Kreditgeschäft reduzierte sich erwartungsgemäß stark. Mit 783 Mio € hat sich das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft auf fast ein Drittel des Vorjahreswertes (2138 Mio €) verringert.
Ergebnis aus dem Liquiditätsvorsorgebestand	Das Ergebnis aus dem Liquiditätsvorsorgebestand fiel auf 2 Mio € (1999: 562 Mio €). Das Vorjahr war allerdings durch Sondereffekte im Zusammenhang mit der hohen Kreditrisikovorsorge gekennzeichnet.
Betriebsergebnis	Die HypoVereinsbank AG erzielte im Jahr 2000 ein Betriebsergebnis in Höhe von 1111 Mio €, es liegt um 81,1% über dem Vorjahreswert.
Sonstiges Geschäft	Im Saldo sonstiges Geschäft weisen wir einen Aufwand in Höhe von 59 Mio € aus. Der Vorjahreswert (406 Mio € Ertrag) war u. a. durch hohe Veräußerungserlöse geprägt. Die in dieser Position enthaltenen Aufwendungen aus Verlustübernahmen beliefen sich auf 108 Mio €.
Außerordentliche Aufwendungen	In den außerordentlichen Aufwendungen (117 Mio €) haben wir letztmals fusionsbedingte Aufwendungen aus dem Zusammenschluss der früheren Vereinsbank und der früheren HYPO-BANK ausgewiesen. Damit beliefen sich die Aufwendungen der HypoVereinsbank AG für diese Fusion seit 1997 auf insgesamt 670 Mio €.
Steuern	Der Aufwand für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag hat sich entsprechend der Ergebnisentwicklung von 168 Mio € auf 212 Mio € erhöht. Die sonstigen Steuern blieben mit 17 Mio € auf Vorjahreshöhe.
Jahresüberschuss	Die HypoVereinsbank AG erzielte 2000 einen Jahresüberschuss in Höhe von 706 Mio €, der um 26,3% über dem Vorjahresergebnis liegt. Die Eigenkapitalrentabilität nach Steuern blieb unverändert bei 5,1%. Bei ihrer Ermittlung haben wir die Ausschüttung der Bank Austria abweichend von der Erfolgsrechnung ebenso wie das zusätzliche Eigenkapital aus der Kapitalerhöhung zum Erwerb der Bank Austria-Anteile nur für den Zeitraum seit dem Erwerb berücksichtigt.
Eigenkapitalrentabilität	
Gewinnverwendung	Aus dem Jahresüberschuss haben wir 250 Mio € in die Gewinnrücklagen eingestellt. Der Hauptversammlung am 22. Mai 2001 schlagen wir vor zu beschließen, aus dem verbleibenden Bilanzgewinn von 456 Mio € einen Vorausgewinnanteil von 0,08 € je stimmrechtslose Vorzugsaktie (insgesamt 1 Mio €) und eine Dividende von 0,85 € je gewinnberechtigte Stammaktie und je stimmrechtslose Vorzugsaktie zu zahlen. Einschließlich der Steuergutschrift erhalten unsere inländischen Aktionäre 1,21 € je Stammaktie sowie 1,33 € je Vorzugsaktie. Die Ausschüttungssumme erreicht 64,6% des Jahresüberschusses.

3. BILANZ

Bilanzsumme	Die Bilanzsumme der HypoVereinsbank AG belief sich zum 31. Dezember 2000 auf 336,3 Mrd €, das sind 10,5% mehr als im Vorjahr. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, Wertpapieren und Anteilen an verbundenen Unternehmen.
Kreditvolumen	Das Kreditvolumen (Kredite an Kreditinstitute und Kunden sowie Wechselkredite) haben wir auf 204,4 Mrd € (+ 4,6%) ausgeweitet, davon entfielen 24,2 Mrd € (- 9,7%) auf Kommunalkredite und 109,6 Mrd € (+ 1,1%) auf Hypothekendarlehen. Dabei ging der Anteil der Wohnbaufinanzierungen von 72,8% auf 71,6% leicht zurück, der Anteil der gewerblichen Finanzierungen stieg dagegen von 27,2% auf 28,4%.
Wertpapiere	Unsere Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren haben wir um 18,1% auf 51,0 Mrd € und an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren um 18,0% auf 10,6 Mrd € aufgestockt.
Anteile an verbundenen Unternehmen	Die Anteile an verbundenen Unternehmen erhöhten sich von 6,4 Mrd € im Vorjahr auf 13,7 Mrd €. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus dem Erwerb der Bank Austria.
Eigenkapital	Den Erwerb der Anteile an der Bank Austria hatten wir im Dezember 2000 durch die Ausgabe von 114 Millionen neuer Aktien aus einer Kapitalerhöhung finanziert. Inklusive Agio führte dies zu einer Stärkung unserer Eigenkapitalbasis um 6,4 Mrd €. Zusätzlich haben wir den Gewinnrücklagen 250 Mio € zugeführt.
Verbindlichkeiten	Zur Refinanzierung des übrigen Aktivgeschäfts hatten wir vor allem die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (+ 18,6%) und die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (+ 7,4%) aufgestockt, wobei sich die Spareinlagen um 19,3% verminderten. Die verbrieften Verbindlichkeiten nahmen moderat um 2,8% zu.
Risikoaktiva und Marktrisikopositionen	Die Risikoaktiva der HypoVereinsbank AG sind im Jahr 2000 um 10,3% auf 180,9 Mrd € gewachsen. Die Marktrisikopositionen beliefen sich auf 2,8 Mrd € (1999: 2,5 Mrd €).
Kernkapital und Eigenmittel	Bedingt durch die Kapitalerhöhung für den Erwerb der Anteile an der Bank Austria steigerten wir im Berichtsjahr das Kernkapital (nach festgestelltem Jahresabschluss) um 60,2% auf 17,7 Mrd €. Die Eigenmittel, die neben dem haftenden Eigenkapital (28,4 Mrd €) auch die so genannten Drittrangmittel (1,0 Mrd €) einschließen, wuchsen um 47,0% auf 29,4 Mrd €. Die Kernkapitalquote belief sich auf 9,8% nach 6,8% im Vorjahr, die Eigenmittelquote erhöhte sich auf 13,6% (1999: 10,3%). Kapitalerhöhungen zur Unterlegung unseres organischen Wachstums wollen wir vermeiden.

4. GESCHÄFTSSTELLEN

Die HypoVereinsbank AG unterhielt am Jahresende 644 Geschäftsstellen. Unser inländisches Filialnetz reduzierte sich insbesondere durch Zusammenlegungen um 47 auf 622 Geschäftsstellen. Im Ausland ist die Filiale Zagreb hinzugekommen, die wir zum 1. März 2000 von der Société Générale übernommen hatten.

GESCHÄFTSSTELLEN NACH IN- UND AUSLAND

	1999	Zugänge		Abgänge		2000
		Neueröffnungen	Schließungen	Zusammenlegungen	Verlagerungen	
Inland						
Baden-Württemberg	35	—	3	3	– 2	27
Bayern	477	2	6	31	3	445
Berlin	21	—	—	—	—	21
Brandenburg	11	—	—	—	—	11
Bremen	—	—	—	—	—	—
Hamburg	—	—	—	—	—	—
Hessen	13	—	—	—	—	13
Mecklenburg-Vorpommern	—	—	—	—	—	—
Niedersachsen	—	—	—	—	—	—
Nordrhein-Westfalen	20	1	1	—	—	20
Rheinland-Pfalz	25	—	—	1	—	24
Saarland	11	—	—	1	—	10
Sachsen	25	1	—	4	—	22
Sachsen-Anhalt	12	—	—	—	—	12
Schleswig-Holstein	—	—	—	—	—	—
Thüringen	19	—	—	1	– 1	17
Zwischensumme	669	4	10	41	—	622
Ausland						
Europa	6	1	—	—	—	7
Amerika	5	—	—	—	—	5
Asien	9	—	—	—	—	9
Afrika	1	—	—	—	—	1
Australien	—	—	—	—	—	—
Zwischensumme	21	1	—	—	—	22
Insgesamt	690	5	10	41	—	644

5. VORGÄNGE NACH DEM 31. DEZEMBER 2000

Foreign & Colonial

Im Asset Management richten wir uns strategisch neu aus und bündeln unsere Aktivitäten. In diesem Zusammenhang haben wir unsere 90%-Beteiligung an der Londoner Investmentgesellschaft Foreign & Colonial mit Wirkung erstes Quartal 2001 verkauft.

Activest

Darüber hinaus streben wir an, die Geschäfte der Activest Investmentgesellschaft mbH, Activest Luxembourg S. A., der allfonds-BKG Asset Management GmbH und der allfonds BKG Investmentgesellschaft mbH in Zukunft unter dem einheitlichen Namen Activest zu führen. Bereits zum 1. Januar 2001 wurde die FondsServiceBank als gemeinsames Joint Venture zwischen der Activest-Gruppe und der MEAG MUNICH ERGO Asset Management GmbH erfolgreich gestartet.

Mit unserer neu gegründeten 100%-igen Tochter IND^{EX}CHANGE AG wollen wir eine neue Marke für Indexprodukte etablieren. Die Gesellschaft hat die exklusiven Lizenzrechte für die wichtigsten Aktienindizes der Deutschen Börse zunächst für ein Jahr erworben und bietet seit Jahresbeginn 2001 börsennotierte Indexfonds – auch als Index-Aktien oder Exchange Traded Funds (XTF) bezeichnet – auf den DAX, den EuroStoxx 50 und Stoxx 50 an. Im Laufe des Jahres sollen weitere börsennotierte Fonds hinzukommen.

6. AUSBLICK

Die Prognosen, die sich auf die zukünftige Entwicklung der Hypo-Vereinsbank AG beziehen, stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis aller uns zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen haben. Sollten die den Prognosen zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder Risiken – wie die im Risikobericht angesprochenen – in nicht kalkulierter Höhe eintreten, so können die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten Ergebnissen abweichen.

Strategische
Neuaustrichtung

Alles in allem sind die gesamtwirtschaftlichen Aussichten für unsere Heimatmärkte im Jahr 2001 positiv (die makroökonomischen Rahmenbedingungen im Jahr 2001, die wir unseren Planungen zugrunde gelegt haben, sind im Band Konzernabschluss und Perspektiven, Kapitel »Unternehmensbereichsrechnung«, ausführlich dargelegt). Dieses Umfeld wollen wir durch intensive und weitreichende strategische Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragskraft unserer Unternehmensbereiche und damit zur nachhaltigen Steigerung unseres Unternehmenswertes nutzen. So soll die Neupositionierung unseres Firmenkundengeschäfts, die wir Mitte 2000 erfolgreich abgeschlossen haben und die bereits im vergangenen Jahr zu einem bemerkenswerten Turn-Around geführt hat, auch in den folgenden Jahren Früchte tragen. Im Bereich Privatkunden und Geschäftskunden investieren wir in erheblichem Umfang in die Anpassung unseres Retailgeschäfts an geänderte Marktbedingungen. So hatten wir z. B. im Herbst 2000 als erste deutsche Großbank unsere multioptionalen Distributionswege für den aktiven Vertrieb von Fremdfonds geöffnet. Mit dieser bedeutenden strategischen Weichenstellung wollen wir unsere Wettbewerbsposition in diesem Segment gezielt verbessern. Darüber hinaus erwarten wir aus der strategischen Neuaustrichtung unserer Asset Management-Aktivitäten eine nachhaltige Stärkung unserer Ertragskraft.

Lead Competence
Real Estate

Bereits im vergangenen Jahr hatten wir die strategische Initiative »Lead Competence Real Estate« gestartet mit dem Ziel, die Markt- und Kompetenzführerschaft in der Immobilienfinanzierung im europäischen Wettbewerb weiter auszubauen. Zum operativen Start wird die HypoVereinsbank in zwei Schritten ihre Immobilienfinanzierungsaktivitäten in einer neuen Immobilienbank bündeln. Die neue Bank wird den Status einer gemischten Hypothekenbank haben und an allen wichtigen Wirtschaftszentren West- und Osteuropas sowie in den USA vertreten sein. Im ersten Schritt sollen noch im Jahr 2001 die Nürnberger Hypothekenbank und die Süddeutsche Bodencreditbank auf die Bayerische Handelsbank verschmolzen werden. 2002 folgt dann das Immobilienfinanzierungsgeschäft der

HypoVereinsbank AG. Die neue Immobilienbank wird alle Möglichkeiten der Verbriefung und Syndizierung nutzen, um ihr Portfolio zu optimieren und die Eigenkapitalbindung zu reduzieren. Dem Kunden wird mit Produkten und Dienstleistungen des Immobilien-Investmentbankings über das klassische Finanzierungsangebot hinaus ein deutlicher Mehrwert geboten. Zum forcierten Ausbau des an Bedeutung gewinnenden Auslandsgeschäftes wird die Präsenz auf den attraktiven ausländischen Märkten erweitert.

Neue Steuerungs-
philosophie

Zusätzlich zu diesen operativen Maßnahmen haben wir die Grundprinzipien der Steuerung im Konzern noch besser auf die Strategie der Bank der Regionen ausgerichtet. Die neue Steuerungsphilosophie sieht neben der bisherigen divisionalen (segmentbezogenen), jetzt auch eine regionale (institutsbezogene) Verantwortung des Konzernvorstands für das operative Ergebnis vor. Hierzu setzt der Konzernvorstand für die dezentral gesteuerten Banken – dies sind im ersten Schritt die Bank Austria-Gruppe, die Vereins- und Westbank sowie die inländischen Hypothekenbank-töchter bzw. die fusionierte neue Immobilienbank – Rahmenbedingungen für das jeweilige Unternehmen als Ganzes sowie divisionale Strukturvorgaben und nimmt die Tochtervorstände für das angestrebte Gesamtergebnis noch stärker in die Pflicht. Durch das neue Steuerungskonzept soll das dezentrale Unternehmertum gefördert und unterstützt sowie die Schlagkraft im Markt gestärkt werden.

Operative Erträge

Unsere operativen Erträge, d. h. Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Nettoergebnis aus Finanzgeschäften und den Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen, wollen wir insgesamt deutlich steigern. Der Zinsüberschuss wird dadurch belastet, dass das Kreditgeschäft zyklisch an Schwung verliert und die Einlagenseite teurer als im Vorjahr wird. Begünstigt wird der Zinsüberschuss in 2001 wie bereits im Vorjahr durch hohe Sondererträge aus unserem Anteilsbesitz. Insgesamt erwarten wir eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Der Provisionsüberschuss weist einen hohen Basiswert auf Grund der guten Börsenkonzunktur im ersten Halbjahr 2000 auf. Dennoch sind wir zuversichtlich, dass die dynamische Entwicklung anhält und wir wieder eine kräftige zweistellige Zuwachsrate erreichen können. Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften sollte den Planungen zufolge ebenfalls mit einer zweistelligen Steigerungsrate den Vorjahreswert übertreffen.

Verwaltungs-
aufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen werden u. a. durch die Integration der Bank Austria-Einheiten in London, New York und Asien in die HypoVereinsbank AG, den Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Projekt Lead Competence Real Estate sowie die geplanten Geschäftsausweitungen im Corporate-Finance und in der Treasury belastet. Darüber hinaus kalkulieren wir für den Euro-Umtausch Kosten in mittlerer zweistelliger Millionenhöhe. Die Cost-Income-Ratio wird in etwa wieder das Niveau des Vorjahres erreichen.

Cost-Income-Ratio

Risikovorsorge

Bei der Risikovorsorge rechnen wir mit einem leichten Anstieg des Bewertungsergebnisses Kreditgeschäft gegenüber dem Vorjahr, der aber durch ein höheres Ergebnis aus dem Liquiditätsvorsorgebestand überkompensiert werden sollte. Aus der Veräußerung unserer Anteile an Foreign & Colonial können wir im Jahr 2001 einen beachtlichen steuerfreien Gewinn vereinnahmen. Außerdem wird die Erfolgsrechnung dadurch entlastet, dass keine Aufwendungen mehr im Zusammenhang mit der Fusion der ehemaligen Vereinsbank und der ehemaligen HYPO-BANK anfallen.

Sonstiges und außerordentliches Geschäft

Jahresüberschuss

Insgesamt erwarten wir auf Grund der beschriebenen Entwicklungen für das Jahr 2001 einen spürbaren Anstieg des Jahresüberschusses, der neben der Zahlung einer angemessenen Dividende auch wieder eine deutliche Dotierung unserer Rücklagen und damit die Stärkung unserer Kapitalbasis erlaubt.

II. RISIKOBERICHT

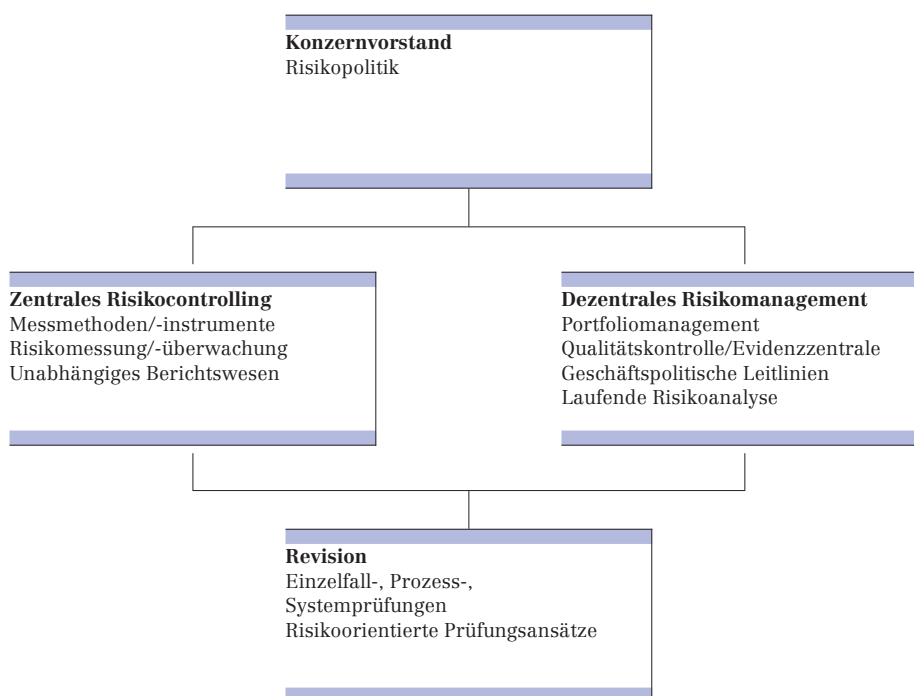
1. GESAMTSYSTEM DER RISIKOÜBERWACHUNG UND -STEUERUNG

Die bewusste Übernahme von finanziellen Risiken im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Marktchancen ist Grundlage des Bankgeschäfts. Im Kontext des globalen, sich verschärfenden Wettbewerbs sowie des technischen Fortschritts ist mit weiter sinkenden Margen zu rechnen. Im Umfeld dieser Entwicklung und der weiter zunehmenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen verfügt die HypoVereinsbank über ein konzernweites Steuerungssystem, welches einen Regelkreis aus Strategie, Planung, Management und Überwachung darstellt.

Das Management unseres operativen Geschäftes erfolgt in den Unternehmensbereichen, die Überwachungsfunktionen werden dagegen in unabhängigen Einheiten wahrgenommen, was sich auch in einer entsprechenden organisatorischen Trennung ausdrückt.

Eine wesentliche Komponente stellt in unserem Steuerungssystem die zeitnahe Identifikation von Risiken sowie die Analyse ihrer Ursachen und Wirkungszusammenhänge dar.

Wir begrenzen unsere Risiken durch risikopolitische Leitlinien und klare Limitstrukturen, welche beide vom Vorstand vorgegeben werden. Auf dieser Grundlage setzt eine umfassende Risikoüberwachung durch das Risikocontrolling sowie die Revision auf. Die Beeinflussung von Risikopositionen i. S. einer Geschäftsportfoliosteuerung mit dem Ziel der Risiko-Rendite-Optimierung erfolgt in den dezentralen Risikomanagementeinheiten der Unternehmensbereiche. Basis hierfür sind u. a. spezifische Risikogrundsätze sowie eine laufende Risikoanalyse.



Zentrales Risikocontrolling

Das zentrale Konzernrisikocontrolling der HypoVereinsbank ist direkt dem für Rechnungswesen und Controlling, Revision und Risikocontrolling zuständigen Vorstandsmitglied unterstellt und als neutraler, unabhängiger Bereich vor allem für folgende Funktionen verantwortlich:

- laufende, unabhängige Risikomessung und -überwachung in allen Risikoarten,
- Verantwortung für die jeweiligen Messmethoden inkl. (Weiter-)Entwicklung entsprechender Modelle,
- regelmäßiges Berichtswesen an den Vorstand,
- konzernweite Risikokapitalallokation und Aggregation der Einzelrisiken zu einem Gesamtbankrisiko,
- Umsetzung einheitlicher Risikocontrollingstandards im Konzern.

Unterstützt wird das zentrale Risikocontrolling von dezentralen Risikoccontrollern in den Auslandsniederlassungen sowie in den Konzerntöchtern. Hierbei obliegt dem Zentralbereich ein fachliches Weisungsrecht.

Das Risikocontrolling der HypoVereinsbank erfüllt sowohl in organisatorischer als auch funktionaler Hinsicht sämtliche gesetzlichen Anforderungen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen, die gerade in diesem Bereich immer umfangreicher werden.

Dezentrales Risikomanagement

Die dezentralen Risikomanagementeinheiten in den Unternehmensbereichen sind für die operative Risikosteuerung im Sinne eines modernen Portfoliomanagements verantwortlich. Dieses bewegt sich im Rahmen der vom Vorstand übertragenen Kompetenzen und hat zum Ziel, das jeweilige Portfolio nach Risiko-, Ertrags- und Konzentrationsgesichtspunkten zu diversifizieren und optimieren. Grundlage hierfür ist eine enge Verzahnung sowie ein ständiger Informationsaustausch zwischen dem Risikocontrolling und dem Risikomanagement. Durch dieses Zusammenspiel können wesentliche Impulse zur Steigerung der Profitabilität sowohl einzelner Kundengeschäfte als auch des gesamten Geschäftsfeldes weitergegeben werden.

Konzern-Revision

Im Januar 2000 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen neue Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision der Kreditinstitute (MaI) veröffentlicht. Sie enthalten die grundsätzliche Verpflichtung zur Prüfung aller Betriebs- und Geschäftsabläufe innerhalb von drei Jahren – sofern sinnvoll/angemessen – und zur mindestens jährlichen Prüfung aller Betriebs- und Geschäftsabläufe, die einem besonderen Risiko unterliegen. Darüber hinaus wurde der hohe Qualitäts- und Wirksamkeitsstandard der Konzern-Revision durch den Abschluss einer Reihe von Projekten weiter verbessert. Insbesondere gilt dies für die Verfolgung der erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung von Mängeln und die Prüfungsdokumentation.

Alle Aktivitäten der Konzern-Revision sind darauf ausgerichtet, präventiv Schaden für die Bank und ihre Kunden zu vermeiden. Als unabhängiger organisatorischer Bereich berichtet die Konzern-Revision direkt an den Vorstand. Ihre Struktur folgt der divisionalen Gliederung der HVB Group. Die im Berichtsjahr überarbeiteten Revisions-Rahmenbedingungen tragen den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen vollumfänglich Rechnung.

Die generell risikoorientierten Prüfungsansätze unterstützen eine gezielte Risikoeinschätzung vor Ort, gestützt durch die Ergebnisse aus Vorprüfungen und ggf. Sonderuntersuchungen sowie die Analyse aktueller DV-Auswertungen etc. Das Spektrum der Prüfungsmethoden umfasst Einzelfall-, Prozess- und Systemprüfungen.

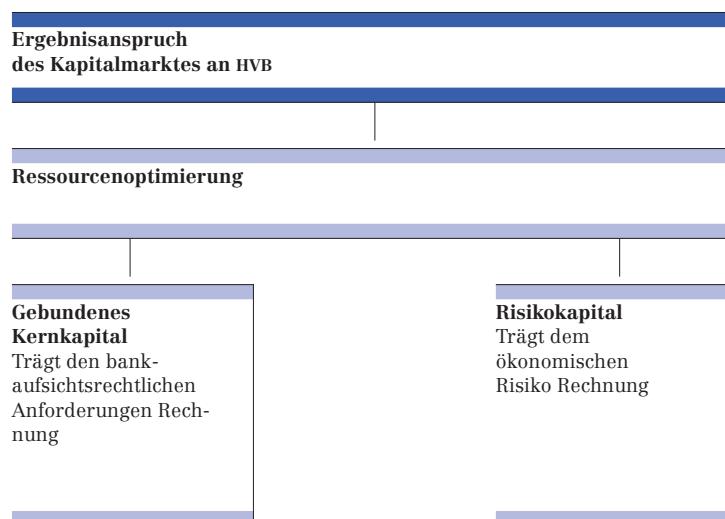
Die Prüfungskonzepte werden laufend den Veränderungen im Konzern wie auch an Marktstandards angepasst. Die Prüfungsplanung basiert auf Prüfungszyklen, die sich am Risikogehalt der Geschäftstätigkeit und an den Prüfungsergebnissen orientieren.

2. GESAMTBANKSTEUERUNG

Aktive Steuerung der Kapitalressourcen

Durch den bewussten, kontrollierten Einsatz unserer Kapitalressourcen wollen wir Marktchancen nutzen und Wettbewerbsvorteile erzielen, die es uns ermöglichen, den Unternehmenswert (Shareholder-Value) unserer Bank für unsere Aktionäre zu steigern. Daher fokussiert sich unser internes Steuerungssystem in diesem Zusammenhang auf zwei wesentliche Größen: das regulatorische Kapital i. S. von gebundenem Kernkapital und das Risikokapital.

Beide Ressourcen sind mit Verzinsungsansprüchen belegt, die aus dem Renditeanspruch des Kapitalmarktes an unsere Bank abgeleitet und von den Geschäftseinheiten in Abhängigkeit der jeweiligen Kapitalbelegung zu erwirtschaften sind.



Unternehmenswert-
steigerung durch
gezielten Kapital-
einsatz

a) Gebundenes Kernkapital

Die regulatorische Kapitalbindung der einzelnen Unternehmensbereiche wird auf Basis des von diesen Einheiten nach den Vorschriften des Grundgesetzes I zu § 10 KWG gebundenen Kernkapitals ermittelt. Hierbei wird nicht die durch das KWG vorgeschriebene Mindestunterlegung von 4,4% herangezogen (bei Berücksichtigung von unrealisierten Reserven), sondern eine Quote von 5,4% (inkl. Kernkapitalpuffer). Bei der Berechnung der regulatorischen Kapitalbindung für Marktrisiken berücksichtigen wir einen analogen Kernkapitalpuffer.

b) Risikokapital

Risikoarten

Bei unserem Risikocontrolling und -management unterscheiden wir konzernintern zwischen folgenden Risikoarten:

- Adressrisiken,
- Liquiditätsrisiken,
- Marktrisiken,
- Operational Risk,
- Geschäftsrisiken,
- Risiken aus bankeigenem Immobilienbesitz,
- Risiken aus Anteils-/Beteiligungsbesitz,
- Strategische Risiken.

Einheitliche Risikoquantifizierung

Wir erfassen und messen alle Risikoarten (ausgenommen Liquiditäts- und strategische Risiken) durchgängig nach einer einheitlichen Methode, indem alle potenziellen unerwarteten Verluste nach einem Value-at-Risk-Ansatz mit einem Konfidenzniveau von 99% bestimmt werden.

Auf Basis der konsistenten Quantifizierung unterlegen wir diese Risiken mit Risikokapital, wobei die Berechnung für Kapitalallokationszwecke einheitlich für den Zeitraum von einem Jahr erfolgt. Die Ermittlung des Risikokapitals erfolgt pro Unternehmensbereich und wird diesen kalkulatorisch in Rechnung gestellt. Der jeweils geplante Risikokapitalbedarf wird auf Basis der aktuellen Risikomessung durch das Konzernrisikocontrolling in enger Zusammenarbeit mit den Geschäftseinheiten ermittelt. Die letztendliche Kapitalallokation wird vom Gesamtvorstand im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses verabschiedet. Hierdurch ist eine feste Verankerung der Risikobetrachtung in unserem Steuerungssystem gewährleistet.

Die Liquiditätsrisiken werden von uns ebenfalls laufend überwacht, jedoch nicht separat mit Risikokapital unterlegt. Sie sind entweder im Marktrisiko enthalten oder werden über andere Instrumente gesteuert. Strategische Risiken, wie z. B. der Einfluss von Internet und E-Commerce auf das Bankgewerbe, werden von uns in speziellen Projektteams bearbeitet und im Rahmen unserer generellen strategischen Zielsetzung durch eine aktive und dynamische Geschäftspolitik gesteuert.

Gesamtrisikokapital

Das Gesamtrisikokapital der HypoVereinsbank AG ergibt sich aus der Aggregation der einzelnen Risikowerte unter Berücksichtigung risikomindernder Portfolioeffekte (Diversifikationseffekte). Das gesamte Risikokapital unserer Bank (inkl. Risiken aus Anteils-/Beteiligungsbesitz) beläuft sich zum Jahresende auf nur knapp ein Drittel der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse. Diese setzt sich zusammen aus den Eigenmitteln, den stillen Reserven sowie einem nachhaltig erzielbaren Jahresergebnis.

Steuerung der gesetzlichen Eigenkapitalausstattung

Im Rahmen der Steuerung unseres gesetzlichen Eigenkapitals orientieren wir uns an drei Kapitalquoten, für die wir Mindestwerte festgelegt haben. Es handelt sich hierbei um folgende Quoten:

- Kernkapitalerfüllungsquote (Verhältnis aus tatsächlich vorhandenem zu gesetzlich gefordertem Kernkapital)
- Eigenkapitalquote (Verhältnis aus haftendem Eigenkapital zu den Risikoaktiva)
- Eigenmittelquote (Verhältnis aus Eigenmittel zur Summe aus Risikoaktiva und den mit dem Faktor 12,5 gewichteten Marktrisikopositionen).

Da die aufsichtsrechtlich berechneten Risiken, aber auch die Eigenkapitalbestandteile volatilitätsbehaftet sind (Schwankung der Marktrisikopositionen, der Risikoaktiva, marktbedingte Änderung der Neubewertungsreserven etc.), berücksichtigen wir diese Volatilität bei der Planung der drei genannten Quoten und nehmen dabei in Kauf, dass die Quoten das gewünschte Maß u. U. deutlich überschreiten.

Zur Bestimmung der angemessenen Eigenkapitalausstattung haben wir im Wesentlichen folgenden Prozess definiert:

- Neben einer Mehrjahresplanung führen wir für den Grundsatz I und die BIZ-Meldung zusätzlich eine rollierende 4-Quartals-Planung durch, die neben die monatliche Meldung des Grundsatzes I und die quartalsweise Meldung der BIZ-Quoten tritt.
- Ein Vorstandsgremium (Market Risk & Asset Liability Committee) wird monatlich über die Ist-Quoten und wesentlichen Ist-Effekte informiert und entscheidet bei spürbaren Plan-Ist-Abweichungen über entsprechende Maßnahmen.

3. ÜBERWACHUNG UND STEUERUNG DER RISIKEN

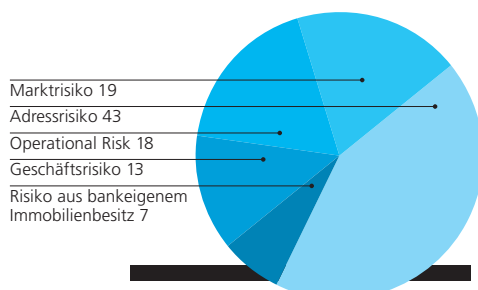
Der Überwachung und Steuerung unserer Risiken liegen eine institutionalisierte Organisationsstruktur mit definierten Prozessen und Verantwortlichkeiten sowie spezifische Messverfahren und -systeme zugrunde.

a) Adressrisiken

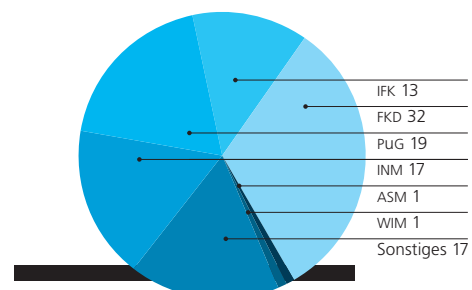
Unter Adressrisiken verstehen wir mögliche Wertverluste, die durch den Ausfall oder durch Bonitätsverschlechterungen von Kunden entstehen können. Sie untergliedern sich in Kredit-, Kontrahenten- und Länderrisiken.

RISIKOKAPITAL
NACH PORTFOLIOEFFEKTEN*
PER 31.12. 2000

Aufteilung nach Risikoarten in %



Aufteilung nach Unternehmensbereichen in %



* Ohne Risiken aus Anteils-/Beteiligungsbesitz

Darstellung der Adressrisiken im Jahresabschluss

Als Kreditrisiken bezeichnen wir die möglichen Wertverluste im kommerziellen Kreditgeschäft.

Kreditrisikovorsorge

Für diese haben wir im Jahr 2000 eine Kreditrisikovorsorge i. H. v. insgesamt 799 Mio € gebildet. Davon entfallen auf die Unternehmensbereiche Firmenkundengeschäft 255 Mio €, Privatkundengeschäft 210 Mio €, Immobilienfinanzierungsgeschäft und Immobilienkunden 362 Mio € sowie International Markets 1 Mio €; im Bereich Workout Immobilien haben wir Wertberichtigungen in Höhe von 33 Mio € aufgelöst. (Das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung beläuft sich inklusive Auflösungen von Länderwertberichtigungen auf 783 Mio €.)

Der Unternehmensbereich Workout Immobilien hat den Auftrag, sein gesamtes Portfolio schnellstmöglich und optimal abzubauen sowie durch ein spezielles Risikomanagement weitere Verluste zu vermeiden. Im Jahr 2000 haben wir ein Volumen von 1,7 Mrd € zurückgeführt. Über weitere Objektverkäufe zur Volumensrückführung stehen wir in Verhandlungen. Der gesamte Bestand an Wertberichtigungen auf die Engagements in diesem Unternehmensbereich beläuft sich auf 3,3 Mrd €. Das entspricht einer Wertberichtigungsquote von rund 40%.

Länderrisiko

Als Länderrisiko erfassen wir das Transfer- und Konvertierungsrisiko aus Finanzkrediten (Laufzeit über ein Jahr) und zahlungsgestörten kommerziellen Ausleihungen (Laufzeit bis ein Jahr) jeweils abzüglich werthaltiger Sicherheiten. Neue Kredite an Länder, die regionaler Bestandteil unserer strategischen Geschäftsfelder sind und bei denen keine Zahlungsstörungen vorliegen, werden von uns nicht wertberichtigt.

Bei den Länderrisiken hat sich die Risikosituation im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich verändert. Neu abzusichernde Risiken sind im Berichtsjahr nicht entstanden. Das risikobehaftete Kreditvolumen ermäßigte sich im Berichtsjahr um 169 Mio € auf 214 Mio €. Der Rückgang ergab sich im Wesentlichen durch die Umschuldung von Russlandkrediten, durch die Abbuchung uneinbringlicher Kredite zu Lasten von Wertberichtigungen sowie durch die Rückzahlung von Krediten.

Der Bestand an Länderwertberichtigungen ging um 97 Mio € auf 154 Mio € zurück. Davon fielen 84 Mio € auf Abbuchungen (erfolgsneutral) und 16 Mio € auf erfolgswirksame Veränderungen.

Unser gesamter Wertberichtigungsbestand erhöhte sich im Jahr 2000 unter Berücksichtigung von Abbuchungen zu Lasten des Bestands insgesamt um 0,3 Mrd € auf 7,4 Mrd €. Wir haben damit sämtlichen Risiken in unserem Kreditgeschäft adäquat Rechnung getragen. Die Methoden zur Bewertung unserer Forderungen sind im Anhang dargestellt.

Kontrahentenrisiko

Als Kontrahentenrisiken bezeichnen wir mögliche Wertverluste, die durch den Ausfall oder durch Bonitätsverschlechterungen von Kunden entstehen, mit denen wir zins- und fremdwährungs- sowie aktien- und indexbezogene Termingeschäfte getätigt haben, welche am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren. Diese Geschäfte wurden überwiegend zur Steuerung von Zins-, Wechselkurs- oder sonstigen Marktpreisschwankungen aus Handelsgeschäften abgeschlossen. Daneben dienten sie u. a. zur Sicherung von bilanzwirksamen und/oder bilanzunwirksamen Positionen im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung.

Zum Jahresende 2000 betrug das Nominalvolumen der derivativen Geschäfte 1463 Mrd €. Das Derivatevolumen setzt sich zusammen aus 1169 Mrd € zinsbezogenen Geschäften (79,9%), 247 Mrd € währungsbezogenen Geschäften (16,9%) und 47 Mrd € aktien-/indexbezogenen Geschäften (3,2%). Bezogen auf die Fristigkeit entfiel der größte Teil des Kontraktvolumens auf das kürzeste Restlaufzeitband (bis 1 Jahr). Die an Terminbörsen gehandelten Derivate haben am Gesamtvolumen einen Anteil von 4,5%. Dieser vergleichsweise geringe Anteil erklärt sich u. a. daraus, dass eine Risikoneutralisierung durch eine (volumensreduzierende) Glattstellung der Kontrakte erreicht werden kann, während im OTC-Geschäft i. d. R. der Aufbau einer (volumenserhöhenden) Gegenposition vorgenommen wird.

Anhand des Nominalvolumens können noch keine Aussagen über den Risikogehalt unseres Derivategeschäfts getroffen werden. Als ein aussagefähiger Maßstab für die im Risiko stehenden Beträge werden die Bruttowiederbeschaffungswerte der OTC-Geschäfte herangezogen. Diese errechnen sich nach der Marktwertmethode als Summe aller positiven Marktwerte, ohne Berücksichtigung von risikoreduzierenden Netting-Vereinbarungen und ohne individuelle Bonitätsgewichtung. Das so definierte maximale Kontrahentenrisiko belief sich zum Jahresende 2000 mit 24,8 Mrd € auf 1,7% des ausstehenden Nominalvolumens. Dieser Wert ergibt sich allerdings aus einer Worst-Case-Betrachtung, da angenommen wird, dass alle Kontrahenten gleichzeitig ausfallen und keine risikoreduzierenden Netting-Vereinbarungen abgeschlossen wurden. Unter Berücksichtigung des risikoreduzierenden Effekts der bestehenden Netting-Vereinbarungen vermindert sich das Kontrahentenrisiko zum Jahresende 2000 um 12,1 Mrd €. Darüber hinaus führt die Hereinnahme von Sicherheiten im OTC-Geschäft zu einer weiteren Senkung der Kontrahentenrisiken; per Jahresende 2000 belief sich dieser Effekt auf etwa 0,7 Mrd €.

Auf die als erstklassig einzustufenden OECD-Zentralregierungen, -Banken und -Finanzinstitute entfallen 91,7% des Kontrahentenrisikos vor Netting (1999: 91,2%).

Entsprechend dem bankaufsichtsrechtlichen Grundsatz I ergibt sich zum Jahresende 2000 bei Derivaten des Handels- und Anlagebuches nach Netting und unter Berücksichtigung erhaltener Sicherheiten ein Kontrahentenrisiko von 22,3 Mrd €; nach Bonitätsgewichtung (Kreditäquivalent) sind es 5,9 Mrd € (1999: 6,0 Mrd €).

Der zunehmende Bedarf an Instrumenten zur Steuerung von Kreditrisiken führte zur Entwicklung von so genannten Kreditderivaten. Sie ermöglichen den Handel und die Absicherung von Kreditrisiken, ohne die ursprünglichen Kreditbeziehungen zu verändern. Diese Produktgruppe besteht aus drei Grundtypen: Credit Default Swaps, Total Return Swaps und Credit Linked Notes. Die Risikoabsicherung wird erreicht durch Ausgleichszahlungen, die beim Credit Default Swap und bei der Credit Linked Note von einem bestimmten Kreditereignis abhängen bzw. bei Total Return Swaps einen evtl. Marktwertverlust ausgleichen. Im Falle einer

Credit Linked Note wird das Kreditrisiko im Unterschied zu Credit Default Swaps mittels Barunterlegung gedeckt. Im Gegensatz zu den reinen Derivaten beinhalten Credit Linked Notes neben der derivativen Sicherungseine Wertpapierkomponente; daher haben diese Instrumente einen Marktwert, der wesentlich näher beim Nominalwert liegt als dies bei reinen Derivaten der Fall ist. Emittierte Credit Linked Notes (die Bank ist Sicherungsnehmer) werden dem Verbindlichkeitscharakter des Wertpapiers entsprechend mit negativem Marktwert/Vorzeichen dargestellt.

Über das aus Kreditderivaten resultierende Kontraktvolumen, deren Marktwerte und die verschiedenen Arten der Referenzaktiva berichten wir erstmals anhand von zwei Tabellen (siehe S. 20/21). Diese Darstellung orientiert sich an den Publizitätsempfehlungen nationaler und internationaler Fachgremien (z. B. Bundesverband deutscher Banken, BIZ).

DERIVATEVOLUMEN							
in Mio €	Nominalbetrag					Kontrahentenrisiko	
	Restlaufzeit			Summe	Summe	2000	1999
	bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2000	1999		
Zinsbezogene Geschäfte	558 160	348 611	262 602	1 169 373	1 147 033	13 909	11 689
OTC-Produkte							
FRAS	148 756	6 528	—	155 284	320 562	129	274
Zins-Swaps (gleiche Währung)	331 725	296 187	248 023	875 935	692 232	13 414	10 900
Zinsoptionen							
– Käufe	10 579	16 656	7 715	34 950	28 397	364	506
– Verkäufe	14 344	19 261	6 864	40 469	31 356	—	—
Sonstige Zinskontrakte	1 012	109	—	1 121	863	2	9
Börsengehandelte Produkte							
Zins-Futures	37 769	8 916	—	46 685	68 816	—	—
Zinsoptionen	13 975	954	—	14 929	4 807	—	—
Währungsbezogene Geschäfte	207 913	33 200	5 345	246 458	282 910	8 053	7 830
OTC-Produkte							
Devisentermingeschäfte ¹	185 921	16 764	14	202 699	239 275	6 280	6 171
Cross-Currency-Swaps	8 592	16 103	5 327	30 022	25 178	1 572	1 454
Devisenoptionen ¹							
– Käufe	6 371	148	—	6 519	8 765	201	205
– Verkäufe	7 029	185	4	7 218	9 692	—	—
Sonstige Devisen-Kontrakte ¹	—	—	—	—	—	—	—
Börsengehandelte Produkte							
Devisen-Futures	—	—	—	—	—	—	—
Devisenoptionen	—	—	—	—	—	—	—
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	8 149	37 699	991	46 839	45 969	2 791	2 569
OTC-Produkte							
Aktien-/Index-Swaps	—	—	—	—	—	—	—
Aktien-/Index-Optionen							
– Käufe	1 683	14 612	292	16 587	17 320	2 141	2 266
– Verkäufe	1 549	12 672	461	14 682	14 854	—	—
Sonstige Aktien-/Indexkontrakte	1 432	10 381	238	12 051	9 783	650	303
Börsengehandelte Produkte							
Aktien-/Index-Futures	2 096	—	—	2 096	1 911	—	—
Aktien-/Index-Optionen	1 389	34	—	1 423	2 101	—	—
Summe	774 222	419 510	268 938	1 462 670	1 475 912	24 753	22 088

¹ Einschl. Edelmetallgeschäft.

Überwachung und Steuerung der Adressrisiken

Die Überwachung und Steuerung der Adressrisiken basiert neben der Analyse eingetretener Risiken insbesondere auf der Messung der potenziellen Risiken, die unser Portfolio zum jeweiligen Stichtag birgt. Diese zu quantifizieren, ist eine zentrale Herausforderung des modernen Riskcontrollings und gleichzeitig Gegenstand der Weiterentwicklung der Eigenmittelunterlegungsvorschriften durch den Baseler Ausschuss.

KONTRAHENTEN-ART				
	Kontrahentenrisiko			
	2000	1999	2000	1999
			Struktur	Struktur
	in Mio €	in Mio €	in %	in %
OECD-Zentralregierungen (und Notenbanken)	78	83	0,3	0,4
OECD-Banken	21 440	18 187	86,6	82,4
OECD-Finanzinstitute	1 191	1 863	4,8	8,4
Nicht-OECD-Zentralregierungen (und Notenbanken)	21	9	0,1	0,0
Nicht-OECD-Banken	273	118	1,1	0,5
Nicht-OECD-Finanzinstitute	2	—	0,0	—
Sonstige Unternehmen und Privatpersonen	1 748	1 828	7,1	8,3
Summe	24 753	22 088	100,0	100,0

KREDITDERIVATE					
in Mio €	Kontraktvolumen			Marktwert	
	Restlaufzeit				
	bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
Anlagebestand	154	161	1 138	1 453	156
Sicherungsnehmer					
Credit Default Swaps	—	161	1 000	1 161	–3
Total Return Swaps	—	—	—	—	—
Credit Linked Notes	—	—	—	—	—
Sonstige	—	—	—	—	—
Sicherungsgeber					
Credit Default Swaps	—	—	138	138	5
Total Return Swaps	—	—	—	—	—
Credit Linked Notes	154	—	—	154	154
Sonstige	—	—	—	—	—
Handelsbestand	43	156	423	622	–420
Sicherungsnehmer					
Credit Default Swaps	43	111	—	154	1
Total Return Swaps	—	—	—	—	—
Credit Linked Notes	—	—	423	423	–422
Sonstige	—	—	—	—	—
Sicherungsgeber					
Credit Default Swaps	—	45	—	45	1
Total Return Swaps	—	—	—	—	—
Credit Linked Notes	—	—	—	—	—
Sonstige	—	—	—	—	—
Summe	197	317	1 561	2 075	–264

Ziel bei der Reform dieser Vorschriften ist eine stärkere Risikodifferenzierung der heute nur sehr grob unterscheidenden Eigenmittelunterlegung. Mit dieser Reform werden die aufsichtsrechtliche und ökonomische Sicht angeglichen. In einer ersten Stufe wird dabei als differenzierendes Kriterium auf die Bonitätseinstufungen abgestellt, wobei sich die Anerkennung auch interner Bonitätseinstufungen neben den externen, von Ratingagenturen vergebenen Ratings, abzeichnet (so genannter Internal Ratings Based Approach). Mittel- bis langfristig ist zu erwarten, dass – wie schon im Marktrisiko – auch hier der Einsatz interner Risikomodelle zulässig sein wird. Denn der Adressrisikogehalt eines Portfolios wird außer durch die Bonität (d. h. Ausfallwahrscheinlichkeit) der einzelnen Kreditnehmer wesentlich durch den Diversifikationsgrad, d. h. das Ausmaß vorhandener Portfoliokonzentrationen bestimmt, die nur bei Nutzung eines Portfolio-modells korrekt in der Risikomessung berücksichtigt werden können.

Unabhängig davon, ob interne Risikomodelle oder der Internal Ratings Based Approach des Baseler Ausschusses zur Anwendung kommen, ist die zuverlässige Bestimmung der Ausfallwahrscheinlichkeit unserer Kunden von zentraler Bedeutung. Aus diesem Grund gilt seit Jahren unser besonderes Augenmerk der Weiterentwicklung unserer internen Bonitätsanalyseinstrumente.

Sie unterscheiden sich im Inhalt und Aufbau in Abhängigkeit von der Höhe und Komplexität der jeweiligen Kreditengagements. Zusätzlich verfügen wir über eine Reihe von individuell auf spezielle Branchen oder Finanzierungsformen zugeschnittene Bonitätsanalyseinstrumente, wie z. B. für Bauträger, Projektfinanzierungen usw. Ergebnis der Bonitätsanalyse ist die individuelle Zuordnung jedes Kunden zu einer Bonitätsklasse, die jeweils einer bestimmten empirisch gemessenen Ausfallwahrscheinlichkeit entspricht. Mit Hilfe dieser Ausfallwahrscheinlichkeiten können wir die intern vergebenen Bonitätsklassen auch den externen Klassen der Ratingagenturen zuordnen.

Die Qualität der Zuordnung unserer Kunden zu Bonitätsklassen wird durch vielfältige Maßnahmen sichergestellt. Zunächst wird das Bonitätsurteil im Vier-Augen-Prinzip zwischen Kundenbetreuer und Kreditspezialist entwickelt. Laufende Qualitätskontrollen im Einzelfall führen die Qualitätsmanagementeinheiten der Unternehmensbereiche sowie unsere interne Revision durch. Zusätzlich überwacht das zentrale Risikocontrolling die Konsistenz der angewandten Methoden und ermittelt empirisch die Ausfallwahrscheinlichkeiten in den einzelnen Bonitätsklassen.

REFERENZAKTIVA				
in Mio €	Kontraktvolumen			
	Credit Default Swaps	Total Return Swaps	Credit Linked Notes	Summe
Öffentliche Anleihen	—	—	413	413
Industrieobligationen	299	—	—	299
Aktien	161	—	—	161
Sonstige	1 038	—	164	1 202
Summe	1 498	—	577	2 075

Für die Überwachung und Steuerung von Adressrisiken nutzen wir bereits seit 1997 ein internes Adressrisikomodell, mit dem wir die Kredit- und Kontrahentenrisiken der AG weltweit messen und bewerten. Es handelt sich dabei um ein eigenentwickeltes Modell, das uns den Vorteil bietet, in Methodik und Parametrisierung individuell auf unser Portfolio zugeschnitten zu sein und gleichzeitig jederzeit entsprechend dem Erkenntnisfortschritt in dieser noch jungen Disziplin von uns weiterentwickelt werden zu können.

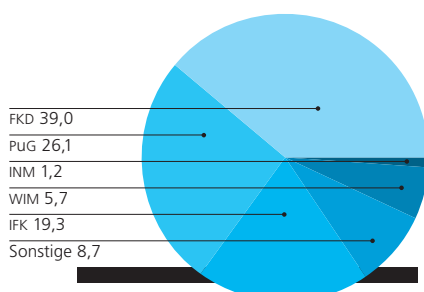
Wir unterscheiden bei der Adressrisikomessung zwischen erwartetem Verlust und Credit-Value-at-Risk (bzw. unerwartetem Verlust). Der erwartete Verlust quantifiziert die Höhe der durchschnittlich in den nächsten zwölf Monaten aus dem aktuellen Portfolio zu erwartenden Verluste aus Adressrisiken. Diese gehen in Form von Standardrisikokosten in die Preiskalkulation unserer Produkte ein. Für die Berechnung des erwarteten Verlustes werden neben der aktuellen (aus der Kundenbonität abgeleiteten) Ausfallwahrscheinlichkeit der im Risiko stehende Forderungsbetrag (Exposure at Default), der Wert vorhandener Sicherheiten sowie der Verlustanteil aus dem unbesicherten Forderungsvolumen (Loss Given Default) benötigt. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustanteile werden empirisch aus unseren Ausfallhistorien bestimmt und jährlich aktualisiert.

Der Credit-Value-at-Risk (unerwarteter Verlust) trifft eine Aussage über die höchste negative Abweichung des tatsächlichen vom erwarteten Verlust, die innerhalb der nächsten zwölf Monate mit einer Wahrscheinlichkeit von 99% nicht überschritten wird. Dieses Verlustpotenzial wird mit Risikokapital als Sicherheitspuffer unterlegt. Unser internes Adressrisikomodell nutzt zur Messung des Credit-Value-at-Risk ein Simulationsverfahren, bei dem eine Vielzahl unterschiedlicher makroökonomischer Szenarien und deren Auswirkungen auf die Höhe möglicher Verluste simuliert wird. Dieser Ansatz erlaubt gleichzeitig ein so genanntes Stress-Testing, das bei der Marktrisikomessung Voraussetzung für die aufsichtsrechtliche Anerkennung interner Risikomodelle ist.

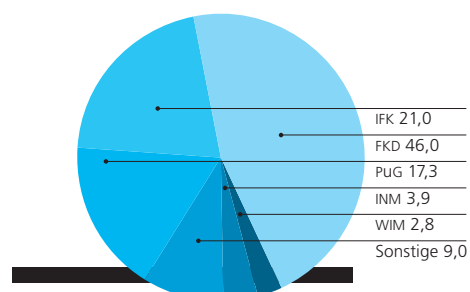
Die Grafiken auf Seite 22 – 23 zeigen beispielhaft die Verteilung von erwarteten Verlusten und Credit-Value-at-Risk nach Unternehmensbereichen, Bonitätsklassen und Branchensegmenten.

VERTEILUNG DES KREDIT- UND KONTRAHENTENRISIKOS NACH UNTERNEHMENSBEREICHEN

Erwarteter Verlust in %



Value-at-Risk in %

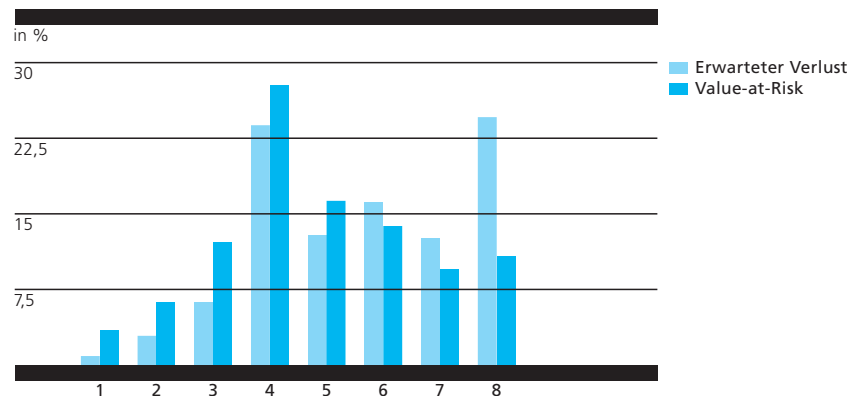


VERTEILUNG DES ADRESSRISIKOS NACH BRANCHENGRUPPEN

in %	Anteil	
	Erwarteter Verlust	Value-at-Risk
Branche		
Automobil	2,6	3,2
Banken	1,7	2,4
Bau (Hauptgewerbe u. Bauträger)	25,9	29,5
Chemie	2,5	3,2
Dienstleistung	12,4	11,9
EDV	1,1	1,1
Elektro	3,2	4,9
Konsum	2,9	3,0
Maschinenbau	2,6	2,8
Nahrung	4,2	3,8
Öffentliche Einrichtungen	0,6	0,5
Organisationen ohne Erwerbszweck	0,3	0,4
Papier	1,4	1,5
Sonstige Finanzdienstleister	4,3	6,6
Stahl	1,3	1,7
Textil	1,7	1,6
Verkehr	2,4	2,7
Versorger	6,6	7,3
Sonstige	10,9	8,8
Privatkunden	11,4	3,1
Summe	100,0	100,0

Der Jahresvergleich zeigt sowohl in Bezug auf die Risikokennzahlen (erwarteter Verlust und Value-at-Risk) als auch in der Verteilung des Adressrisikos nach Branchengruppen den Erfolg der im letzten Jahr konsequent durchgeführten Maßnahmen zur Portfoliobereinigung im Immobiliengeschäft. Das Ergebnis der Aktivitäten zur optimalen Vermarktung entsprechender Portfoliobestandteile sowie ein spezielles Risikomanagement im Unternehmensbereich Workout Immobilien spiegeln sich in einem deutlich niedrigeren prozentualen Anteil dieser Geschäftssparte am Gesamtrisiko wider. Hinsichtlich unserer Portfoliostruktur nach Bonitätsklassen ergaben sich im Vergleich zum Vorjahr keine wesentlichen Veränderungen.

VERTEILUNG DES ADRESSRISIKOS NACH BONITÄTSKLASSEN



Unser internes Kreditrisikomodell, welches wir für diese Risikoanalysen auf Portfolioebene einsetzen, ermöglicht es uns darüber hinaus, die Adressrisiken auch auf tieferen Ebenen bis hinunter zum einzelnen Geschäft zu messen. So können auf Basis dieser Detailanalysen wiederum gezielte Impulse für die Steuerung abgeleitet werden. Durch den Einsatz eines hochentwickelten internen Adressrisikomodells bereiten wir uns bereits jetzt auf den »übernächsten Schritt« der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung vor. Das erworbene Know-how, die Erfahrungen und die gesammelten Datenhistorien sind jedoch schon heute wertvoll bei der Schaffung der Voraussetzungen für die schon bald erwartete Zulassung einer Anwendung des Internal Ratings Based Approach.

Länderrisiken

Auch zur Quantifizierung potenzieller Länderrisiken aus unserem aktuellen Portfolio verwenden wir ein Portfoliomodell. Gerade bei der Länderrisikomessung ist die Abbildung von Portfolioeffekten besonders wichtig, da Länderportfolien naturgemäß (auf Grund der relativ geringen Anzahl von Ländern) schlecht diversifiziert sind.

Die Ausfallgefährdung der Länder wird mit einem Länderrating klassifiziert. Die Einstufungen werden dabei von den Spezialisten unseres volkswirtschaftlichen Researchs entwickelt und setzen sich aus einer quantitativen Analyse makroökonomischer Größen wie auch qualitativen Beurteilungen politischer und sonstiger Aspekte zusammen. Für jede Bonitätsklasse wurde empirisch eine Ausfallwahrscheinlichkeit ermittelt.

Durch Kombination der Ausfallwahrscheinlichkeiten bzw. von deren Volatilitäten mit den Länder-Exposures nach Abzug länderrisikomindernder Sicherheiten kann analytisch der erwartete Verlust und der Länder-Value-at-Risk bestimmt werden. Bei letzterem sind sowohl die Portfolio-Wechselwirkungen (Korrelationen) zwischen den einzelnen Ländern wie auch zum Kredit- und Kontrahentenrisikoportfolio zu berücksichtigen.

24

Limitsystem

Als zentralen Bestandteil unseres Risikocontrollings und -managements setzen wir Limitsysteme ein, die ein ungewolltes und unkontrolliertes Anwachsen unserer Risikoposition verhindern. Ihre Nutzung sowie die zugehörigen Eskalations- und Sanktionierungsmechanismen sind in entsprechenden Systemen, Arbeitsanweisungen und Prozessbeschreibungen fest verankert. Die Limitüberwachung erfolgt im Falle der Kreditrisiken in den dezentralen Krediteinheiten, für Kontrahenten- und Länderrisiken dagegen im zentralen Risikocontrolling.

Verwendung der Ergebnisse

Die Ergebnisse der Messung von Adressrisiken fließen unmittelbar in die strategische und operative Steuerung ein und stellen so die gleichgewichtige Berücksichtigung von Ertrag und Risiko sicher. Ausgangspunkt des Regelkreises dieser Steuerung ist die jährliche Kapitalallokation im Rahmen des Planungsprozesses auf Grundlage von Ertrags-Risiko-Relationen. Daneben liefert die Risikomessung die Grundlagen für eine effektive Portfoliosteuerung in den Portfoliomanagementeinheiten der Unternehmensbereiche, die die Zusammensetzung ihrer Portfolien zunehmend aktiv durch Einsatz moderner Strukturierungsinstrumente optimieren. Um die Impulse unserer Steuerung bis in die Einzelgeschäfte durchsetzen zu können, verwenden wir Vorkalkulationsmodelle, die die Bestimmung risikoadäquater Margen im Neugeschäft und so eine faire individuelle Preisermittlung ermöglichen.

Im Jahr 2001 setzen wir die Eingliederung der Länderrisikomessung in das Adressrisikomodell fort mit dem Ziel einer vollständigen Integration und Berücksichtigung aller vorhandenen Portfolioeffekte. Daneben gilt unser Bestreben einer kontinuierlichen Verbesserung von Methodik und Parametrisierung unserer Modelle, um unsere Steuerung im Bereich der Adressrisiken zur Verbesserung der Ertrags-Risiko-Relationen und damit Steigerung des Shareholder-Value weiter verfeinern zu können.

b) Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisiken werden zentral in einer eigenen Einheit unter der strengen Nebenbedingung der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Bestimmungen gesteuert. Die Überwachung ist in das Marktrisikococontrolling integriert. Oberstes Ziel unseres Liquiditätsmanagements ist die Gewährleistung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft. Dazu verfügen wir über leistungsfähige Steuerungsinstrumente, die insbesondere eine zeitnahe Reaktion auf Marktveränderungen gewährleisten. Die Eckpfeiler des Liquiditätsmanagements sowie die laufenden Einzelvorhaben werden von einem abteilungsübergreifenden Gremium beschlossen und ebenso wie Informationen über die aktuelle Liquiditäts- und Refinanzierungssituation regelmäßig an einen Ausschuss des Vorstandes berichtet.

Liquiditätsrisiko im engeren Sinne

Die Disposition der täglichen Liquidität und damit die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne) wird sowohl zentral in unserem Group-Clearing in München als auch dezentral in den jeweiligen Auslandsniederlassungen wahrgenommen.

Liquiditätsgrundsatz

Die gute Liquiditätssituation der HypoVereinsbank zeigt sich in der relevanten Kennzahl des Liquiditätsgrundsatz II. Diese lag zum 31. Dezember 2000 bei 1,4 und damit deutlich über dem vorgegebenen Mindestwert von eins. Unter Maßgabe des Liquiditätsgrundsatz II ergibt dieses für den Folgemonat einen Überschuss der Zahlungsmittel gegenüber den Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 34 Mrd €. Im Jahresverlauf wurde ein Zahlungsmittelüberschuss von 20 Mrd € nicht unterschritten. Die Entwicklung der Liquiditätskennzahl wird unter Einbeziehung unserer ausländischen Filialen laufend überwacht und über die Vergabe von Mindestspielräumen aktiv gesteuert.

Die HypoVereinsbank verfügt über ausreichenden Zugang zu kurzfristiger Liquidität am Geldmarkt mit einer Vielzahl bonitätsmäßig guter Banken und institutioneller Kunden. Daneben hält die HypoVereinsbank umfangreiche Liquiditätsvorsorgebestände, die im Rahmen der geldpolitischen Operationen des Systems der europäischen Zentralbanken eingesetzt werden können. Die tägliche Liquiditätsdisposition wird durch diverse Steuerungsinformationen wie einer laufend aktualisierten Liquiditätsvorausschau unterstützt.

Refinanzierungsrisiko

Durch unsere Strategie der Diversifikation in verschiedene Märkte, Kundengruppen und Produkte verfügen wir über eine breite Refinanzierungsbasis und Platzierungskraft. Dieses sichert die Refinanzierung des Aktivgeschäfts und begrenzt den Anstieg der Refinanzierungskosten auch in einem schwierigen Marktumfeld. Unsere Pfandbriefe mit ihrer besonderen Bonität und Liquidität bleiben dabei das wichtigste Refinanzierungsinstrument. Der weitere Ausbau der Securitization-Aktivitäten wird unsere Refinanzierungsmöglichkeiten zusätzlich stärken.

Die Refinanzierungsstruktur wird basierend auf einer detaillierten Fundingplanung und klaren Zielvorgaben in unserem Funding-Management gesteuert und unter Berücksichtigung der Kosten optimiert.

Marktliquiditätsrisiko

Marktliquiditätsrisiken werden durch strikte Begrenzungen der zulässigen Märkte für die einzelnen Handelsportfolien gesteuert. Darüber hinaus werden die prozentualen Anteile einzelner Risiken im Gesamtportfolio dieser Märkte beschränkt. Im Rahmen unserer Stresstests ermitteln wir für ausgewählte Szenarien das Risikopotenzial aus Liquiditätsrisiken. Das maximale Verlustpotenzial ist durch Stresslimite begrenzt.

c) Marktrisiken

Unter Marktrisiko verstehen wir den potenziellen Verlust, der durch die Veränderung von Preisen an Finanzmärkten für unsere Positionen entstehen kann. Wir errechnen unsere Marktrisiken konzernweit nicht nur im Handelsbuch, sondern messen die Risiken auch aus der Fristentransformation (Anlagebuch), die sich aus der Steuerung unseres umfangreichen Geschäftes im Bank- und Hypothekenbankbuch ergibt. Im Anlagebuch unterscheiden wir zwischen den strategisch/dispositiven Büchern und dem Flow-Management. Erstere werden über ein Vorstandsgremium (Market Risk & Asset Liability Committee) gesteuert, das im Auftrag des Gesamtvorstands Entscheidungen hinsichtlich Marktrisiken und Aktiv-Passiv-Management trifft. Das Flow-Management (Steuerung der täglichen Cash-Flows im klassischen Bank- bzw. Hypothekenbankgeschäft) erfolgt direkt im Unternehmensbereich International Markets.

Der Value-at-Risk für Marktrisiken quantifiziert mit einem Sicherheitsniveau von 99% den maximalen Verlust, der durch Marktpreisveränderungen während einer Haltedauer von zehn Handelstagen entstehen kann. Marktrisiken entstehen durch Preisänderungen von Zins-, Devisen- und Aktienprodukten einschließlich der dazugehörigen Derivate.

Im Jahr 2000 haben wir unser derzeitiges Risikomesssystem für Zinsänderungsrisiken in München und London durch einen sowohl technisch als auch methodisch hochentwickelten Monte-Carlo-Simulationsansatz (Internes Modell) abgelöst. Dabei werden alle relevanten Risikofaktoren (z. B. Zinskurven) unter Berücksichtigung der Korrelationen simuliert. Nach dieser Vorgehensweise wird der Value-at-Risk für jede Stufe der Portfoliohierarchie geschätzt, d. h. von der einzelnen Position bis zu den obersten Einheiten.

Die Berechnung der Risiken aus Devisen- und Aktienprodukten basiert auf einem statistischen Ansatz mit verschiedenen konservativen Annahmen, z. B. 250 Tage historische Betrachtungsperiode und separate Betrachtung von Währungen sowie Nichtberücksichtigung von risikomindernden Korrelationseffekten. Für Portfolien mit Optionsrisiken verwenden wir einen Standardansatz nach den Baseler Richtlinien (so genanntes Szenario-Matrixverfahren). Diese Value-at-Risk-Werte fassen wir dann über mehrere Stufen bis zu einem aggregierten Value-at-Risk für die Gesamtbank zusammen.

Auf dieser Basis ergaben sich im Jahresverlauf für unsere Handelsbestände die in der Tabelle ermittelten Marktrisiken je Risikoart. Der deutliche Rückgang des Value-at-Risk für zinsbezogene Geschäfte zum 30. 9. 2000 beruht auf der Einführung unseres Monte-Carlo-Simulationsansatzes für Zinsrisiken in den Handelsaktivitäten. Mit dem Methodenwechsel werden bisher vernachlässigte risikomindernde Effekte vollständig berücksichtigt. Durch den Einsatz des Monte-Carlo-Ansatzes konnten wir eine Präzisierung unserer täglichen Risikoschätzungen, noch mehr Transparenz und Analysemöglichkeiten sowie eine effizientere Steuerung unserer Marktrisiken erreichen.

Im Anlagebuch ergaben sich zum Jahresende Marktrisiken in Höhe von 70,8 Mio € (Ultimo 1999: 258 Mio €). Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist auf den Abbau von Risikopositionen zurückzuführen.

MARKTRISIKO DER HANDELSAKTIVITÄTEN (VALUE-AT-RISK)						
in Mio €	Durchschnitt	31. 12. 2000	30. 9. 2000	30. 6. 2000	31. 3. 2000	31. 12. 1999
	2000*					
Zinsbezogene						
Geschäfte	119	82(28**)	93(21**)	156	146	91
Währungsbezogene						
Geschäfte	31	25	28	35	37	26
Aktien-/Index-						
bezogene Geschäfte	62	58	54	67	69	35
Insgesamt	212	165(111)	175(103)	258	252	152

* Arithmetisches Mittel nach bisherigem Verfahren.

** Für zinsbezogene Geschäfte wird seit 30. 9. 2000 das Risiko nach dem Monte-Carlo-Simulationsansatz gemessen (kleinerer Value-at-Risk-Wert).

Die Risikomessmethodik wird durch ein regelmäßiges Backtesting überprüft. Außerdem führen wir laufend Stresstests durch, welche das Verlustpotenzial unserer Positionen auf Grund außerordentlicher Ereignisse und Worst-Case-Szenarien zeigen. Im Jahr 2000 haben wir die Limitierung der Stressrisiken eingeführt, um eine aktive Steuerung der Marktrisiken zu unterstützen.

Limitüberwachung

Das Marktrisikococontrolling hat unmittelbaren Zugang zu den im Handel eingesetzten Front-Office-Systemen und überwacht damit auch Intraday die Risikosituation und Limiteinhaltung. Etwaige hohe Limitauslastungen oder -überschreitungen in Teilportfolien werden unmittelbar eskaliert und deren Rückführung zeitnah überwacht. In den einzelnen Risikoarten gab es im Jahr 2000 keine Überschreitungen. Generell unterliegen damit alle unsere Marktrisiken einer laufenden Messung und Limitüberwachung durch das Risikocontrolling und werden von diesem auch regelmäßig an den Gesamtvorstand berichtet.

Die Steuerung der Risikopositionen im Anlage- und Handelsbuch erfolgt über ein hierarchisches Limitsystem (bis auf Abteilungsebene), das den Handlungsspielraum entsprechend begrenzt. Die Risikolimits werden vom Vorstand genehmigt und dürfen nicht überschritten werden. Etwaige Verluste während des Jahres reduzieren dabei unmittelbar die Limithöhe.

Darüber hinaus unterlegen wir unsere Marktrisiken mit Risikokapital. Die Berechnung dieses jährlichen Risikokapitals beruht auf dem gemessenen durchschnittlichen 10-Tages-Value-at-Risk, welcher unter Berücksichtigung ermittelter Portfolioeffekte mit Hilfe eines Skalierungsfaktors auf einen 1-Jahres-Zeitraum transformiert wird.

Ab Beginn des Jahres 2001 werden wir die Risiken aus Veränderungen des Spreads bei Bonds messen und limitieren. Hier hat sich die Strategie der Bank und das Marktumfeld verändert, so dass eine Risikomessung geboten ist. Wir werden hierzu einen Value-at-Risk-Ansatz implementieren, der auf vereinfachenden Annahmen beruht. Wir planen, diesen stetig weiterzuentwickeln und parallel zum Ausbau unseres internen Modells (Full Use) über einen Monte-Carlo-Simulationsansatz in dieses interne Modell zu integrieren.

Im Zusammenhang mit dem Übergang auf ein internes Modell werden wir ebenfalls ab Jahresbeginn 2001 unsere Marktrisikomessung auf eine 1-tägige Haltedauer umstellen.

d) Operational Risk

Operational Risk ist letztendlich mit den meisten Aktivitäten der Bank verbunden. Wir definieren Operational Risk als das Risiko von unerwarteten Verlusten durch menschliches Versagen, fehlerhafte Managementprozesse, Natur- und sonstige Katastrophen, Technologieversagen und Änderungen im externen Umfeld (Event-Risk).

Diese Definition entspricht bis auf Details denjenigen, die vom Bundesverband deutscher Banken und verschiedenen Arbeitsgruppen im Zusammenhang mit den neuen Baseler Richtlinien erarbeitet wurden. Ergänzt wird diese allgemeine Definition durch ein ursachenbezogenes Kategorisierungsmodell, das wir im Jahr 2000 weiter verfeinert haben. Es ermöglicht eine detaillierte Einsicht in die individuellen Risikoprofile der Unternehmens- und Dienstleistungsbereiche der HypoVereinsbank und dient als Basis für die Ableitung von Steuerungsimpulsen.

Die mit der zunehmenden Dynamik des Bankgeschäfts deutlich steigende Komplexität von Produkten und Prozessen war in der Vergangenheit eine wesentliche Ursache für spektakuläre Verlustfälle bei Finanzinstituten.

Vor diesem Hintergrund entstand das Interesse der Bankenaufsicht an Operational Risk im Allgemeinen und seiner Unterlegung mit aufsichtsrechtlichem Kapital im Speziellen. Die damit einhergehende Diskussion, verbunden mit unserem starken Eigeninteresse, verdeutlicht die Notwendigkeit einer adäquaten Steuerung der Operational Risks.

Die zum Anfang des Jahres 1999 speziell für Operational Risk-Controlling etablierte Einheit fokussierte im Jahr 2000 ihre Tätigkeit auf verschiedene Schwerpunkte:

- Weitere Sensibilisierung für Operational Risk in allen Einheiten der Bank,
- Entwicklung des organisatorischen Rahmens für das Operational Risk-Controlling und -Management,
- Qualitative Bewertung der Kontroll- und Managementprozesse,
- Vorbereitung eines Frühwarnsystems für Operational Risks.

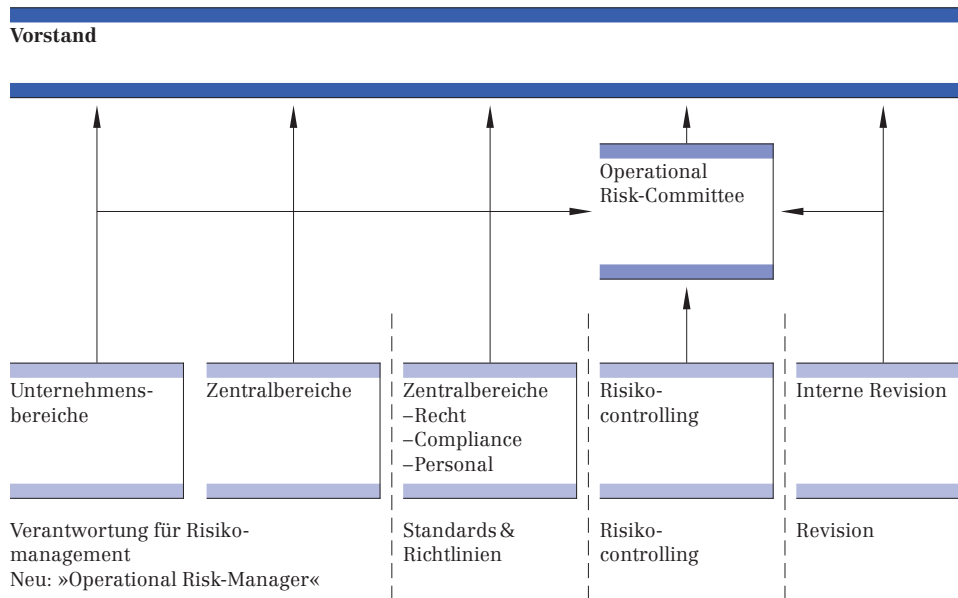
Wir sind der Auffassung, damit für die Herausforderungen der nächsten Jahre gut positioniert zu sein.

In Analogie zu den anderen Risikoarten gilt auch für das Operational Risk das Prinzip der Funktionstrennung in Risikomanagement und -controlling. Dabei ist es beim jetzigen Entwicklungsstand eine der vornehmlichen Aufgaben des Risikocontrollings, quantitative und qualitative Messmethoden zu erarbeiten und unabhängige Risikomessungen durchzuführen.

Das Risikomanagement hingegen hat die Verantwortung für die Steuerung des Operational Risk, d. h. für Maßnahmen zur Verminderung, Vermeidung oder Versicherung dieser Risiken. Dieses ist Aufgabe der verantwortlichen Risikomanager in unseren operativen Einheiten.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden die Rahmenbedingungen für ein umfassendes und vollständiges Controlling und Management durch Erarbeiten eines Operational Risk-Framework vorbereitet. Hierbei werden die Verantwortlichkeiten zwischen Management und Controlling klar festgelegt und die Organisationsstruktur durch ein bereichsübergreifendes Operational Risk-Committee ergänzt. Ferner wird die Funktion eines Operational Risk-Managers in den Bereichen definiert, der in enger Zusammenarbeit mit der Einheit für Risikocontrolling die Standards für Messung und die notwendigen Reportinganforderungen in den Bereichen umsetzt.

**GRUNDSÄTZLICHES
OPERATIONAL RISK-ORGANISATIONSMODELL**



Quantitative Kriterien

Die Quantifizierung von Operational Risk befindet sich branchenweit in einem frühen Entwicklungsstadium. Obwohl die ermittelten Risikowerte im Vergleich zu lange etablierten Risikoarten noch eine höhere Unsicherheit aufweisen sowie institutsübergreifend kaum vergleichbar sind, erscheint uns die interne Einbindung in die Gesamtrisikosicht bereits zum jetzigen Zeitpunkt zielführend, um eine risikoadäquate Steuerung zu gewährleisten.

Zur Quantifizierung setzen wir ein versicherungsmathematisches Modell ein. Dieser Ansatz wird in der Versicherungswirtschaft schon seit geraumer Zeit für die Bewertung von Teilen der hier betrachteten Risiken verwendet und auch von anderen Banken als vielversprechend und »state of the art« gesehen.

Die Datenbasis wird nach ihrem Aufbau seit 1999 durch die regelmäßige Aktualisierung und Weiterentwicklung eines Datenpools laufend verbessert. Dies soll uns die bestmögliche Vorbereitung auf die im neuen Konsultationspapier des Baseler Ausschusses geforderte Eigenkapitalunterlegung für Operational Risk ermöglichen.

Ferner beteiligten wir uns aktiv an der Entwicklung von internationalen Verlustdatenkonsortien, die eine weitere Säule der Datenversorgung darstellen. Hieraus sollen erstmals im Jahr 2001 anonymisierte Daten in unsere Risikoermittlung einfließen.

Qualitative Kriterien

Unser versicherungsmathematisches Modell zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass neben quantitativen Parametern auch qualitative Faktoren eingehen. Damit wird die Qualität der Prozesse und des internen Kontrollsystems in den jeweiligen Unternehmensbereichen berücksichtigt.

Im Jahr 2000 haben wir ein fragebogengestütztes Control-Self-Assessment zur Ermittlung der Kontroll- und Prozessqualität entwickelt und für die relevanten Einheiten der HypoVereinsbank eingesetzt. Das Tool ist so konzipiert, dass auf Basis individueller Risikoprofile Qualitätsscores ermittelt werden, die einerseits im quantitativen Ansatz Berücksichtigung finden, andererseits einen schnellen und umfassenden Einblick in die Risikosituation der Bereiche und deren Maßnahmenpläne zur Risikominimierung ermöglichen und somit ein wichtiger Bestandteil des Frühwarnsystems für wesentliche Risiken sind. Zur Validierung der Selbsteinschätzungen der Bereiche wird die Konzernrevision im Rahmen ihrer risikoorientierten Prüfungen einen wesentlichen Beitrag leisten. Ferner ist das Tool so konzipiert, dass zur Plausibilisierung Indikatoren herangezogen werden können.

Verwendung der Ergebnisse

Die ermittelten Value-at-Risk-Werte für Operational Risk sind neben denen aus anderen Risikoarten Bestandteil der Risikokapitalallokation auf die Unternehmensbereiche.

Der interne Verzinsungsanspruch auf das Risikokapital für Operational Risk, die zunehmende Transparenz über Anzahl, Höhe und Verteilung der Risiken, sowie die ermittelten Qualitätsscores schärfen das Bewusstsein der operativen Einheiten für die Bedeutung dieser Risiken. Sie motivieren zur Weiterentwicklung der Prozess- und Kontrollqualität, gleichzeitig können interne Vergleiche zu einer »Best Practice«-Einheit mögliche Qualitätsdefizite bzw. den Stand der HypoVereinsbank bei der Steuerung der Risikoart verdeutlichen.

Ebenso wichtig ist dies für ein frühzeitiges Erkennen von potenziellen Risiken, um rechtzeitig deren Bedeutung und mögliche Auswirkungen auf unsere Bank einschätzen zu können. Entscheidend wird daher in den nächsten Jahren die Etablierung einer entsprechenden Risikokultur sein. Wesentliches Element zur frühzeitigen Erkennung von Schwachstellen und zur Definition von Risikosteuerungsimpulsen ist auch die enge Zusammenarbeit der Einheit für Risikocontrolling mit den Unternehmens- und Dienstleistungsbereichen bei der expliziten Definition und Abgrenzung der Risikokategorien und dem Aufbau einer Verlustdatenbank.

Die Risikomanagementeinheiten der Unternehmens- und Dienstleistungsbereiche der Bank steuern das Operational Risk mit einer Vielzahl von Maßnahmenbündeln, die unter anderem folgende Punkte beinhalten:

- Klar definierte Strategien zur Handhabung von Operational Risks.
- Umfassendes internes Kontrollsystem für die Geschäftsprozesse der Bank mit laufender Anpassung der Prozesse und des Kontrollsystems an geänderte Bedingungen.
- Zeitnahe Berichterstattung über Operational Risks an das Management in verschiedenen Managementinformationssystemen; periodischer Ausweis von Qualitätskennziffern mit daraus abgeleiteter Maßnahmenplanung.
- Rechtliche Risiken:
Für das Management der rechtlichen Risiken aller von der Bank betriebenen Geschäfte ist unser Zentralbereich Recht zuständig. Gesetzesänderungen und Rechtsprechung werden jeweils zeitnah umgesetzt, das Dokumentationsrisiko wird zentral und dezentral überwacht.

Im Jahr 2000 führten Gesetzesänderungen und obergerichtliche Entscheidungen nicht zu wesentlichen Risiken für das bestehende Geschäft oder die Ertragslage der Bank. Die Auswirkungen einer geänderten Rechtsprechung zur Berechnung von Vorfälligkeits- und Nichtabnahmeentschädigungen bei Festzinskrediten werden gering sein.

Zum Rechtsmanagement gehört auch, rechtliche Konfliktpotenziale frühzeitig zu erkennen und Konfliktlösungen allgemein oder im Einzelfall herbeizuführen. Bei Auseinandersetzungen mit Kunden oder Dritten strebt die Bank eine einvernehmliche Erledigung an. Soweit sich Rechtsstreitigkeiten trotzdem nicht vermeiden lassen, wurden diese auch im vergangenen Jahr in weit überwiegender Zahl zu Gunsten der Bank entschieden. Dies gilt auch für Rechtsstreitigkeiten, die Kunden gegen die Bank wegen der Vermittlung von Immobiliendarlehen über Strukturvertriebe angestrengt haben. Ein besonderes rechtliches Risiko ergibt sich für die Bank weder aus dieser noch aus sonstigen Auseinandersetzungen mit Kunden oder Dritten.

– IT-Risiken:

Nach den 1999 in Folge der umfassenden Fusionsvorhaben kurzzeitig aufgetretenen Beeinträchtigungen in der Verfügbarkeit unserer Systeme haben wir im Jahr 2000 die ursprünglichen Service-Levels wieder erreicht.

Insbesondere im besonders sensiblen IT-Bereich haben wir systematisch Produktionsrisiken geprüft und durch Optimierungsmaßnahmen mögliche Operational Risks signifikant reduziert:

- Einführung vorbeugender Maßnahmen und eines genau definierten Krisenmanagements zur Verhinderung bzw. schnellstmöglichen Behebung von Systemausfällen, gravierend fehlerhafter Datenverarbeitung und längeren Beeinträchtigungen von kundenrelevanten Systemen (u. a. Online-Banking und Geldautomaten).
- Umsetzung verschiedener Service-Management-Prozesse mit dem Ziel schnellstmöglicher Fehlererkennung, -analyse und -beseitigung sowie Vereinbarung konkreter Servicelevels.
- Optimierung von Notabläufen und Wiederanlaufverfahren, um in Eventualfällen (beispielsweise Katastrophen) schnellstmögliche Systemverfügbarkeit sicherzustellen.

Im Jahr 2000 haben wir weitere wesentliche Grundsteine für eine adäquate Steuerung von Operational Risk gelegt, auf denen wir im Jahr 2001 aufbauen wollen. Eine wesentliche Aufgabe wird dabei die Implementierung der erweiterten Organisationsstruktur (Operational Risk-Committee, Operational Risk-Manager) sein. Ferner müssen die Reportinganforderungen noch weiter präzisiert und konsequent umgesetzt werden. Das Control-Self-Assessment soll weiterentwickelt bzw. um Bereichsspezifika ergänzt werden. Auch die Ergänzung von Indikatoren zur Plausibilisierung von Selbsteinschätzungen wird einen wesentlichen Anteil an der Weiterentwicklung des Control-Self-Assessment haben. Durch die Reportinganforderungen und die mögliche Beteiligung an internationalen Datenkonsortien werden wir die Datenversorgung und die Datenbasis für die Risikomessung wesentlich verbessern.

e) Geschäftsrisiken

Als Geschäftsrisiken definieren wir unerwartete, d. h. vom ermittelten Trend abweichende, negative Veränderungen des Geschäftsvolumens und/oder der Margen, die nicht auf andere Risikoarten zurückzuführen sind. Beides kann zu nachhaltigen Ergebniseinbrüchen und damit zu einer Verringerung des Marktwerts eines Unternehmens führen. Geschäftsrisiken sind bedingt durch eine deutliche Verschlechterung der Marktverhältnisse oder unerwartet starken Konkurrenzdruck.

Wir haben unsere Messmethodik für Geschäftsrisiken im Laufe des Jahres weiterentwickelt und berechnen diese Risikoart auf Basis historischer Erlös- und Kostenvolatilitäten unter Berücksichtigung der Korrelation.

Die einzelnen Unternehmensbereiche sind im Rahmen ihres Auftrags implizit für die operative Steuerung des Geschäftsrisikos zuständig. Dabei stellt die entscheidende Basis ein effektives Kosten- und Ertragsmanagement dar, wobei hier neben einer bankweit einheitlichen Profitcenter-Rechnung auch unternehmensbereichsspezifische Controlling-Instrumente und Management-Informationssysteme Steuerungsgrundlage sind.

f) Risiken aus bankeigenem Immobilienbesitz

Des Weiteren erfassen wir die Risiken unseres bankeigenen Immobilienbestands ebenfalls nach einem Value-at-Risk-Ansatz. Dieser Ansatz basiert auf den Marktwerten der Immobilien und entsprechender Marktwertschwankungen, denen die Immobilien unterliegen. Diese Marktwertschwankungen werden – nach Regionen differenziert – mit Hilfe von historischen internen und externen Daten ermittelt.

g) Risiken aus Anteils-/Beteiligungsbesitz

Unter den Risiken aus Anteils-/Beteiligungsbesitz erfassen wir die Marktpreisschwankungen unseres börsennotierten und nicht börsennotierten Anteils-/Beteiligungsbesitzes. Hierzu zählen in erster Linie unsere größeren Finanzpakete wie z. B. Allianz und Münchener Rück. Die Value-at-Risk-Berechnung bzw. Risikokapitalermittlung entspricht prinzipiell der für Aktien-Handelsgeschäfte. Um dem langfristigen Anlagecharakter dieser Beteiligungen Rechnung zu tragen, wird jedoch die Volatilität aus Jahresdurchschnittskursen ermittelt. Bei nicht börsennotierten Beteiligungen legen wir die Volatilität geeigneter Branchenindizes zugrunde.

Die Portfoliosteuerung unseres Anteils-/Beteiligungsbesitzes erfolgt durch den Gesamtvorstand nach strategischen Zielen gemäß dem Konzept »Bank der Regionen«, nach Rentabilitätsvorgaben sowie nach Abwägung von Chancen und Risiken. Die Fachabteilungen liefern für diese Investitions- und Desinvestitionsentscheidungen die erforderlichen Informationen, die unter anderem mit Hilfe unseres Controlling-Instrumentariums gewonnen werden.

h) Strategische Risiken

Strategische Risiken resultieren aus Grundsatzentscheidungen, die das Management hinsichtlich der Positionierung der Bank im Markt unter Berücksichtigung des aktuellen und der Einschätzung des zukünftigen Umfelds trifft. Strategische Risiken einer Bank können nicht über quantitative Ansätze erfasst und gesteuert werden. Die Risikobegrenzung erfolgt hier vielmehr über ein konsequentes Nachhalten und laufendes Controlling strategischer Vorhaben sowie ein flexibles und innovatives geschäftspolitisches Agieren und Reagieren.

So stellt der weiter fortschreitende Prozess der nationalen und internationalen Bankenkonsolidierung weiterhin nicht nur eine Chance dar, sondern beinhaltet auch das generelle strategische Risiko, in diesem Veränderungsprozess von einer aktiven Rolle in eine passive gedrängt zu werden.

Unser Bestreben ist es, durch die differenzierte Strategie der »Bank der Regionen« sowie einen erfolgreichen und ertragsstarken Auftritt am Markt auch weiterhin eine gestaltende Kraft bei der Restrukturierung der deutschen und europäischen Bankenlandschaft zu übernehmen.

Die Zusammenführung komplexer Organisationen, z. B. im Rahmen von Fusionen, ist jedoch auch immer mit Integrationsrisiken verbunden, die sämtliche Aspekte wie z. B. Probleme bei der systemtechnischen, personellen oder unternehmenskulturellen Integration umfassen können.

Unsere Bank steht hier mit dem Zusammengehen mit der Bank Austria vor dem zweiten großen Schritt nach der Fusion von Vereinsbank und HYPO-BANK.

Basierend auf unseren gemeinsamen Erfahrungen aus der Integration einer Vielzahl von Banken sehen wir uns gut gerüstet, die vor uns liegenden Herausforderungen erfolgreich zu meistern. In Bezug auf die Integration der Bank Austria wurden z. B. noch vor Jahresende 2000 die Personalentscheidungen der ersten Managementebene getroffen, der Großteil der nachgelagerten Besetzungsentscheidungen erfolgt im ersten Quartal 2001. Die juristische Zusammenführung der jeweiligen Landesgesellschaften läuft plangemäß bis Ende 2001 und die geschäftliche Neuausrichtung dieser Einheiten befindet sich bereits in der operativen Umsetzung.

Hinter dem Prozess der internationalen Bankenkonsolidierung steht letztlich jedoch nicht nur die Konzentration im Finanzdienstleistungsbereich. Dieser Konsolidierung entgegen läuft die Neugestaltung der Wertschöpfungskette von Banken. Neue Kommunikationstechnologien machen es Banken leichter, die Wertschöpfungskette zu zerlegen und Produkte oder Dienstleistungen entweder über unabhängige Drittvertriebe zu verkaufen oder für den eigenen Betrieb solche Leistungen von Dritten einzukaufen. Der von uns eingeführte Vertrieb auch von fremden Fonds oder die Etablierung der Financial Markets Service Bank als Transaktionsbank für die Abwicklung von Wertpapierorders für konzerneigene wie fremde Banken sind Beispiele für diese Entwicklung. Unser Ziel ist es, die HypoVereinsbank auch produktionsseitig stärker auf die Felder zu fokussieren, in denen wir auf Grund von Größen- und Kompetenzvorteilen nicht nur unseren eigenen Kunden überlegene Produkte und Leistungen anbieten können, sondern auch für Fremdvertriebe offen sind. Das strategische Risiko liegt dabei in der Auswahl der richtigen Geschäftsfelder und der konsequenten Implementierung des für richtig erachteten Geschäftsmodells.

Einen weiteren bedeutenden Einflussfaktor auf unsere Geschäftstätigkeit stellt die rasante Ausbreitung des Internet dar. Viele unserer Kunden werden schrittweise auf die elektronischen Vertriebswege wechseln, doch niemand kann heute verlässlich prognostizieren, wie schnell und wie vollständig dies geschehen wird, das heißt, wie schnell und wie stark das Kerngeschäft in den Filialen gefährdet ist. Wir antizipieren diese Entwicklung mit einer konsequenten Weiterentwicklung unseres Multi-Channel-Konzepts, d. h. einem weiteren Ausbau von Qualität und Komfort beim Telefon- und Online-Banking. Dazu haben wir folgendes 5-Punkte-Programm aufgesetzt:

1. Ausbau von Direktvertrieb und Service-Telefon durch ein neues Kunden-Service-Center in Sachsen,
2. Ausbau des Online-Banking (Internet-Relaunch),
3. Ausbau des Mobile Banking und verstärkter Einsatz der Technik,
4. Erhöhung der Transaktions- und Entscheidungsgeschwindigkeit,
5. Qualifizierungsoffensive in den Niederlassungen für beratungsintensive Dienstleistungen.

Gleichzeitig achten wir bei unserer Filialpräsenz auf hohe Flexibilität und werden unsere rund 1100 Geschäftsstellen in Deutschland innerhalb der nächsten zwölf Monate um 10–15% straffen.

Im Rahmen unseres innovativen multioptionalen Vertriebs bieten wir den Kunden die freie Wahl zwischen den Vertriebswegen und gewährleisten gleichzeitig eine ganzheitliche Betreuung.

Gerade das Internet eröffnet aber nicht nur einen neuen Vertriebsweg im Kerngeschäft, sondern schafft auch völlig neue Geschäftschancen – sei es mit Finanzdienstleistungen, sei es in angrenzenden Feldern. Einerseits wollen wir die Chancen neuer Geschäftsfelder voll nutzen und langfristigen Trends frühzeitig Rechnung tragen, andererseits die Risiken begrenzen. Neue Felder gehen wir deshalb nur an, wenn ein echter Kundenbedarf erkennbar ist und wir eigene Kernkompetenzen einbringen bzw. – soweit noch andere Kernkompetenzen erforderlich sind – zusätzlich starke Partner gewinnen können. Darüber hinaus muss sich die Investition auch nach klassischen Investitionsrechnungsverfahren (discounted Cash-Flow) rechnen; andere Verfahren wie z. B. Umsatz-Multiples erachten wir hier nicht als realistische Entscheidungsgrundlage. Wir gehen deshalb tendenziell wenige Engagements ein, diese sind aber gut geprüft und werden aus dem Hause umfassend unterstützt. Eine eigene Einheit »Märkte und Allianzen« innerhalb unseres WebPower-Projektes gewährleistet dies. (Siehe auch das Kapitel »Bankbetrieb«).

Für die Identifizierung und das Management strategischer Risiken im Immobilienfinanzierungsgeschäft spielt die Analyse der Marktentwicklung heutiger wie auch künftiger Zielmärkte eine wesentliche Rolle. In der HypoVereinsbank widmet sich dieser Aufgabe ein hochspezialisiertes Expertenteam des Bereichs Immobilienbewertung und -consulting, welches neben den klassischen Instrumenten der Marktanalyse auch verstärkt komplexe Prognosemodelle entwickelt und aktiv einsetzt.

Für den inländischen Immobilienmarkt stellt sich der Wegfall staatlicher Förderungen als belastender Faktor dar. Im Bereich Wohnungsbau muss in den nächsten Jahren von einer weiterhin sinkenden Investitionstätigkeit ausgegangen werden, wobei die Perspektiven jedoch regional durchaus unterschiedlich sind. Grundsätzlich zeichnet sich eine zunehmende Verlagerung weg von der Neubautätigkeit hin zu Modernisierungs- und Sanierungsinvestitionen ab. Bei gewerblichen Immobilien hingegen befindet sich der Markt grundsätzlich im Aufschwung, auch wenn hier noch immer von einem West-Ost-Gefälle gesprochen werden kann. Allgemein muss konstatiert werden, dass die Volatilität des Marktes eindeutig zugenommen hat.

Im Ausland ist die künftige Entwicklung sehr heterogen einzuschätzen. Gute Entwicklungsperspektiven zeigen sich sowohl in ausgewählten Märkten in Zentraleuropa als auch in den jungen, entwicklungsfähigen Märkten in Süd- und Osteuropa. Hingegen lassen sich in den USA bereits erste Anzeichen eines konjunkturellen Abschwungs feststellen.

Der Unternehmensbereich Immobilienfinanzierungsgeschäft und Immobilienkunden begegnet diesen Herausforderungen der Marktentwicklungen durch eine Strategie des aktiven Porfoliomanagements, die auf verstärkte Diversifizierung der Portfoliostruktur durch künftig noch deutlichere Erschließung lukrativer ausländischer Märkte sowie auf qualitatives Wachstum setzt.

Den potenziellen Risiken wird dabei durch eine restriktive Kreditvergabepolitik mit eindeutigen konzernweiten Standards, die Konzentration auf erstklassige Bonitäten unter Berücksichtigung der Gesamtbankkreditanforderungen, die Anwendung eines immobilienkundenspezifischen Bonitätsanalyse-systems sowie durch ein umfassendes, aktives Qualitätsmanagement begegnet, so dass das Risikoprofil unseres Geschäftes sich sukzessive nach unseren Vorstellungen entwickelt. Der weitere Auf- und Ausbau neuer Kompetenzen und Geschäftsfelder im Immobilieninvestmentbanking wird zusätzlich dazu beitragen, Risiken aus dem klassischen Immobilienfinanzierungsgeschäft noch besser zu steuern und die Volatilitäten der Märkte aufzufangen.

Im Rahmen der im Herbst 2000 der Öffentlichkeit vorgestellten Initiative »Lead Competence Real Estate« zur Stärkung unserer Kernkompetenz im Immobilienfinanzierungsgeschäft sollen alle diese Maßnahmen, einhergehend mit einer klaren Fokussierung auf ein professionelles Klientel, effizienteren Prozessen und adäquaten Kostenstrukturen, dazu beitragen, die Risiko-Rendite-Relation nachhaltig zu verbessern und somit auch unsere Position als führende europäische Immobilienbank weiter zu festigen.

Ein weiteres strategisches Risiko besteht darin, dass Finanzdienstleister in besonderem Maß auf das Gewinnen und Halten qualifizierter Mitarbeiter angewiesen sind. Das betrifft sowohl die Management- wie auch die Fachfunktionen. Der Arbeitsmarkt für qualifizierte Mitarbeiter wird aus demographischen, konjunkturellen und geschäftlichen Gründen enger.

Die wesentlichsten Risikofaktoren bei der Entscheidung für ein Unternehmen sind die drei Kriterien Unternehmenskultur, fordernde Aufgabe und wettbewerbsfähige Vergütung. Nicht zuletzt deswegen sind diese Themen für unsere Bank auch von besonderer Bedeutung.

Die HypoVereinsbank hat sich durch ihre klare Strategie und ihre nachweislich konsequente Umsetzung zu einem der strategisch interessantesten Arbeitgeber im deutschen Finanzwesen entwickelt. Sie verfügt über eine ausgeprägte Leistungskultur, ist international tätig und steht bei der weiteren Erschließung der europäischen Märkte vor großen Herausforderungen. Damit ist sie vor allem für ambitionierte Mitarbeiter interessant.

Die Bank bietet schon wegen ihrer dezentralen Organisation zahlreiche Aufgaben mit großer Handlungsfreiheit und Autonomie. Sie legt großen Wert auf systematische Personalentwicklung, deren Grundlage das jährliche Mitarbeitergespräch ist, in dem nicht nur Ziele besprochen und vereinbart werden, sondern auch die kurz- und mittelfristigen Entwicklungsmöglichkeiten der Mitarbeiter thematisiert werden.

Hinsichtlich der Vergütungssysteme ist die HypoVereinsbank fortschrittlich und innovativ. Alle Mitarbeiter erhalten in Abhängigkeit von ihrer Leistung einen Bonus nach transparenten Regeln. In zunehmendem Umfang erhalten Mitarbeiter in besonders wichtigen Positionen ein Long-Term-Incentive, durch das sie nicht nur an die Bank gebunden werden, sondern auch am Erfolg ihres Bereichs und der Bank teilhaben. Flexible Beschäftigungsbedingungen ermöglichen es den Mitarbeitern, Beruf und Familie dauerhaft zu vereinbaren.

Durch eine Steigerung der Ausbildungsquote und eine systematische Weiterbildung, für die mit der HVB Akademie eine konzern eigene Trainingsgesellschaft zur Verfügung steht, werden Mitarbeiter mit entsprechendem Potenzial für einen Einsatz in der Bank vorbereitet bzw. zusätzlich qualifiziert.

Insgesamt gehen wir daher davon aus, auch in Zukunft die qualifizierten Mitarbeiter in ausreichendem Umfang gewinnen zu können, die wir für die weiterhin erfolgreiche Entwicklung unserer Bank benötigen.

4. ZUSAMMENFASSENDER DARSTELLUNG

Risiken sind Bestandteil der Geschäftstätigkeit eines jeden Unternehmens und daher zwar einerseits Gefahr, andererseits aber auch Voraussetzung für unternehmerischen Erfolg. Für die HypoVereinsbank ist der bewusste, kontrollierte Umgang mit Risiken integraler Bestandteil des gesamten Risiko-Rendite-orientierten Steuerungssystems mit dem Ziel eines nachhaltig erfolgreichen Shareholder-Value-Managements.

Grundlage hierfür ist unser umfassendes System der Risikoidentifikation, -messung, -überwachung und -steuerung. Hierbei werden unsere Risiken konzernweit nach klar definierten Risikoarten erfasst und mit vergleichbaren Methoden sowie einheitlichen Parametervorgaben (z. B. Konfidenzniveau von 99%) gemessen. Dies ermöglicht uns eine über alle Risiken und Risikobereiche hinweg aggregierte Darstellung unseres Gesamtrisikos, welches regelmäßig der Risikotragfähigkeit der Bank gegenübergestellt wird. Darüber hinaus ist diese konsistente Erfassung Ausgangsbasis unserer konzernweiten Risikokapitalallokation zur Abdeckung unerwarteter Risiken.

Die Quantifizierung und laufende Überwachung unserer Risiken inkl. Berichtswesen an den Vorstand werden durch ein organisatorisch unabhängiges und neutrales Konzernrisikocontrolling wahrgenommen. Die operative Steuerung der Risiken erfolgt in den jeweiligen Risikomanagementeinheiten der Unternehmens- und Dienstleistungsbereiche.

Die von uns verwendeten Methoden und Systeme zur Risikomessung und -steuerung sind weit entwickelt und genügen auf Grund ihrer hohen Qualität sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Wir sehen uns damit auch gut gerüstet für die künftigen aufsichtsrechtlichen Entwicklungen, die sich aus dem neuen Konsultationspapier zur Reform der Baseler Eigenkapitalübereinkunft ergeben.

Voraussetzung für ein professionelles Eingehen und Managen von Risiken sind jedoch nicht nur ausgefeilte Messverfahren und -systeme, sondern auch ein gelebtes Risiko-Return-Verständnis innerhalb unserer Bank. Daher haben wir die eng verknüpfte Betrachtung von Ertrag und Risiko in unseren Geschäftsprozessen und Steuerungssystemen fest verankert und liefern damit die Grundlage für eine effiziente Gesamtbanksteuerung und ein erfolgreiches Wertmanagement.

**BILANZ
DER BAYERISCHEN HYPO- UND VEREINSBANK AG
ZUM 31. DEZEMBER 2000**

AKTIVA			
		31. 12. 2000	31. 12. 1999
	in Mio €	in Mio €	in Mio €
1 Barreserve			
a) Kassenbestand	431		504
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	1 219		853
		1 650	1 357
darunter: bei der Deutschen Bundesbank			
Mio € 1 083			(708)
2 Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind			
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen	22		8
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar			
Mio € —			(—)
b) Wechsel	226		417
		248	425
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar			
Mio € 226			(417)
3 Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	10 432		8 140
b) andere Forderungen	36 452		31 874
		46 884	40 014
darunter: Hypothekendarlehen			
Mio € 24			(22)
Kommunalkredite			
Mio € 1 344			(1 775)
4 Forderungen an Kunden		203 494	195 717
darunter: Hypothekendarlehen			
Mio € 109 609			(108 441)
Kommunalkredite			
Mio € 22 886			(25 051)
andere durch Grundpfandrechte gesicherte Kredite			
Mio € 7 858			(9 057)
Übertrag:		252 276	237 513

PASSIVA

			31. 12. 2000	31. 12. 1999
	in Mio €	in Mio €	in Mio €	in Mio €
1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		12 462		10 406
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>62 728</u>		<u>53 010</u>
			75 190	63 416
darunter: begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				
Mio € 3 329				(3 442)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe				
Mio € 1 129				(1 310)
zur Sicherstellung aufgenommener				
Darlehen an den Darlehensgeber ausge-				
händigte Hypotheken-Namenspfandbriefe				
Mio € 23				(38)
und öffentliche Namenspfandbriefe				
Mio € 40				(46)
2 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten	8 490			10 524
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist				
von mehr als 3 Monaten	<u>335</u>			<u>417</u>
		8 825		10 941
b) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		17 973		17 430
c) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		6 241		6 603
d) andere Verbindlichkeiten				
da) täglich fällig	22 612			22 209
db) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>40 365</u>			<u>32 188</u>
		<u>62 977</u>		<u>54 397</u>
			96 016	89 371
darunter: zur Sicherstellung aufgenommener				
Darlehen an den Darlehensgeber ausge-				
händigte Hypotheken-Namenspfandbriefe				
Mio € 800				(806)
und öffentliche Namenspfandbriefe				
Mio € 476				(531)
Übertrag:			171 206	152 787

AKTIVA

			31. 12. 2000	31. 12. 1999
	in Mio €	in Mio €	in Mio €	in Mio €
Übertrag:			252 276	237 513
5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	3 105			22
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio € —				(5)
ab) von anderen Emittenten	2 400			178
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		5 505		200
Mio € 119				(2)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	14 452			14 704
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio € 7 043				(13 779)
bb) von anderen Emittenten	25 413			23 664
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		39 865		38 368
Mio € 11 019				(7 895)
c) eigene Schuldverschreibungen		5 589		4 598
Nennbetrag Mio € 5 393			50 959	43 166
				(4 439)
6 Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			10 572	8 962
7 Beteiligungen			1 798	1 502
darunter: an Kreditinstituten				
Mio € 398				(262)
an Finanzdienstleistungsinstituten				
Mio € —				(4)
8 Anteile an verbundenen Unternehmen			13 734	6 400
darunter: an Kreditinstituten				
Mio € 11 757				(4 573)
an Finanzdienstleistungsinstituten				
Mio € 156				(15)
9 Treuhandvermögen			32	34
darunter: Treuhandkredite				
Mio € 14				(16)
Übertrag:			329 371	297 577

PASSIVA

			31. 12. 2000	31. 12. 1999
	in Mio €	in Mio €	in Mio €	in Mio €
Übertrag:			171 206	152 787
3 Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekendarlehen	31 867			32 383
ab) öffentliche Pfandbriefe	17 071			18 356
ac) sonstige Schuldverschreibungen	77 240			71 937
		126 178		122 676
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		733		729
			126 911	123 405
darunter: Geldmarktpapiere				
Mio €	—			(—)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf				
Mio €	733			(729)
4 Treuhandverbindlichkeiten			32	34
darunter: Treuhandkredite				
Mio €	14			(16)
5 Sonstige Verbindlichkeiten			5 054	3 323
6 Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		980		1 136
b) andere		266		229
			1 246	1 365
7 Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1 129		1 050
b) Steuerrückstellungen		485		285
c) andere Rückstellungen		1 454		1 458
			3 068	2 793
8 Sonderposten mit Rücklageanteil			96	128
9 Nachrangige Verbindlichkeiten			9 677	8 039
10 Genussrechtskapital			768	1 016
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig				
Mio €	257			(504)
Übertrag:			318 058	292 890

AKTIVA

		31. 12. 2000	31. 12. 1999
		in Mio €	in Mio €
Übertrag:		329 371	297 577
10	Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	—	—
11	Sachanlagen	1 096	1 188
12	Eigene Aktien oder Anteile	—	—
	Nennbetrag Mio € —		(—)
13	Sonstige Vermögensgegenstände	4 752	4 808
14	Steuerabgrenzungsposten	185	152
15	Rechnungsabgrenzungsposten		
a)	aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	434	416
b)	andere	479	237
		913	653
Summe der Aktiva		336 317	304 378

PASSIVA

			31. 12. 2000	31. 12. 1999
	in Mio €	in Mio €	in Mio €	in Mio €
Übertrag:			318 058	292 890
11 Fonds für allgemeine Bankrisiken			200	200
12 Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		1 607		1 265
eingeteilt in:				
Stück 520 935 101 auf den Inhaber lautende Stammaktien				
Stück 14 553 600 auf den Namen lautende Vorzugsaktien ohne Stimmrecht				
b) Kapitalrücklage		13 228		7 146
c) Gewinnrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage	56			56
cb) Rücklage für eigene Anteile	—			—
cc) satzungsmäßige Rücklagen	2 712			2 462
		2 768		2 518
d) Bilanzgewinn		456		359
			18 059	11 288
Summe der Passiva			336 317	304 378
1 Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		—		—
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		21 949		20 895
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		—		—
			21 949	20 895
2 Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		—		—
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		—		—
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		43 197		50 866
			43 197	50 866

**GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
DER BAYERISCHEN HYPO- UND VEREINSBANK AG
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2000**

AUFWENDUNGEN				
			2000	1999
	in Mio €	in Mio €	in Mio €	in Mio €
1 Zinsaufwendungen			14 906	13 562
2 Provisionsaufwendungen			240	228
3 Nettoaufwand aus Finanzgeschäften			—	—
4 Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	1 301			1 255
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	416			399
		1 717		1 654
darunter: für Altersversorgung				
Mio € 215				(187)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		1 034		1 097
			2 751	2 751
5 Aufwendungen für E-Commerce			102	—
6 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			260	252
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen			130	174
8 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			1 679	3 182
9 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			—	—
10 Aufwendungen aus Verlustübernahme			108	225
11 Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil			—	128
12 Außerordentliche Aufwendungen			117	276
13 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			212	168
14 Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 7 ausgewiesen			17	17
15 Jahresüberschuss			706	559
Summe der Aufwendungen			21 228	21 522
1 Jahresüberschuss			706	559
2 Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die gesetzliche Rücklage		—		—
b) in die Rücklage für eigene Anteile		—		—
c) in andere Gewinnrücklagen		250		200
			250	200
3 Bilanzgewinn			456	359

ERTRÄGE

		2000	1999
	in Mio €	in Mio €	in Mio €
1 Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	14 920		14 742
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	2 257		1 817
		17 177	16 559
2 Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	166		123
b) Beteiligungen	60		70
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	826		652
		1 052	845
3 Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		35	24
4 Provisionserträge		1 478	1 289
5 Nettoertrag aus Finanzgeschäften		383	307
6 Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		898	1 606
7 Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		17	759
8 Sonstige betriebliche Erträge		156	133
9 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		32	—
10 Außerordentliche Erträge		—	—
11 Erträge aus der Auflösung von Vorsorgereserven gemäß § 340 f HGB		—	—
Summe der Erträge		21 228	21 522

Anhang

RECHTSGRUNDLAGEN

Der Jahresabschluss der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft (Hypo-Vereinsbank AG) für das Geschäftsjahr 2000 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), den einschlägigen Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG), des Hypothekbankgesetzes (HypBankG) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt worden.

Unsere Bank ist in allen Sparten einer Geschäftsbank und Hypothekbank tätig. Nach § 24 HypBankG ist deshalb das allgemeine Formblatt der RechKredV um die zusätzlichen Untergliederungen für Realkreditinstitute zu ergänzen.

BILANZIERUNGS-, BEWERTUNGS- UND AUSWEISMETHODEN

Auf Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie auf Ausweisänderungen weisen wir bei den jeweiligen Positionen hin.

Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel (Aktivposten 2) sind mit ihrem Barwert, also um Abzinsungsbeträge gekürzt, ausgewiesen.

Die Bewertung unserer Forderungen (Aktivposten 3 und 4) erfolgt grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip des § 253 Abs. 3 Satz 1 HGB. Für alle erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft haben wir Einzelwertberichtigungen gebildet. Diese lösen wir auf, sobald sich der Wert der Forderung entsprechend erhöht hat.

Für Engagements mit erkennbaren Länderrisiken bilden wir pauschalisierte Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen für Bürgschaftsverpflichtungen. Dazu passen wir – wie zu jedem Bilanzstichtag – unsere Wertberichtigungssätze für Finanzkredite der Entwicklung

des jeweiligen Länderrisikos an. Für kommerzielle Ausleihungen mit Laufzeiten bis zu einem Jahr bilden wir keine Länderwertberichtigungen, soweit eine aktuelle Leistungsstörung nicht vorliegt. Bei Ländern, die regionaler Bestandteil unserer strategischen Geschäftsfelder sind, bilden wir auf neu ausgereichte Kredite keine Länderwertberichtigungen.

Latenten Kreditrisiken tragen wir durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen Rechnung, soweit dies nach den jeweiligen landesrechtlichen Vorschriften zulässig ist. Bei der Bewertung der inländischen latenten Kreditrisiken wenden wir die Grundsätze der deutschen Finanzverwaltung zur steuerlichen Anerkennung von Pauschalwertberichtigungen bei Kreditinstituten an. Ausfälle, für die keine Einzelwertberichtigungen bestehen, verrechnen wir mit den Pauschalwertberichtigungen.

Wie die übrigen Forderungen setzen wir auch die Hypothekendarlehen mit ihrem Nennbetrag an. Unterschiede zwischen Nenn- und Auszahlungsbeträgen werden in die Rechnungsabgrenzung eingestellt und planmäßig erfolgswirksam aufgelöst.

Wertpapiere sind in den Bilanzpositionen Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 6) ausgewiesen.

Die gesamten Wertpapiere haben wir nach definierten Kriterien wie Haltedauer und Geschäftszweck dem Handels-, Anlage- oder Liquiditätsvorsorgebestand (Wertpapiere, die weder Teil des Handelsbestandes sind noch wie Anlagevermögen behandelt werden) zugeordnet. Der Gesamtbestand der Bank besteht zum Bilanzstichtag zu 45,3% aus Handelsbeständen, zu 54,5% aus Wertpapieren der Liquiditätsvorsorge und zu 0,2% aus Wertpapieren, die wie Anlagevermögen behandelt wurden. Bei den wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren handelt es sich um Kreditfinanzierungen auf Wertpapierbasis, die wir nur bei einer dauerhaften Wertminderung abschreiben. Handels- und Liquiditätsvorsorgebestände bewerten wir dagegen grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip des § 253 Abs. 3 Satz 1 HGB.

Sie gehören i. d. R. zu Portfolien, die wir nach den Grundsätzen der Bewertung von Bewertungseinheiten behandeln (vgl. dazu unsere nachstehenden Ausführungen).

Derivative Finanzgeschäfte (Termingeschäfte) sind schwebende Geschäfte und damit grundsätzlich nicht in der Bilanz auszuweisen. Sie werden bei Abschluss entsprechend ihrer Zweckbestimmung als Handels- oder als Sicherungsgeschäfte klassifiziert und dokumentiert, wobei sie auch innerhalb der Handelsbestände Sicherungsfunktion haben können. Unabhängig davon, ob die genannten Instrumente Handels- oder Sicherungsfunktion haben, bewerten wir sie grundsätzlich einzeln.

Der Grundsatz des »True and Fair View« erfordert insbesondere für derivative Finanzinstrumente eine betriebswirtschaftlich richtige Behandlung, die verzerrende Auswirkungen auf die Ertragslage vermeidet. Für gleiche Risikoarten bilden wir deshalb ex ante definierte, strengen Voraussetzungen unterliegende und dokumentierte Bewertungseinheiten aus bilanzwirksamen Grundgeschäften (z. B. festverzinslichen Wertpapieren) und dazugehörigen Hedgeinstrumenten (z. B. Interest Rate Swaps). Innerhalb der einzelnen Bewertungseinheit verrechnen wir positive und negative Bewertungsergebnisse der einzelnen Finanzinstrumente. Ein danach verbleibender Gewinn wird bei der Ergebnisermittlung grundsätzlich nicht berücksichtigt, für einen Verlustsaldo bilden wir eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Dieses Verfahren wenden wir sowohl für die Handelsportfolien als auch i. d. R. für die Bankbuchportfolien an.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen (Aktivposten 7 und 8) werden zu Anschaffungskosten oder – bei dauerhafter Wertminderung – zum niedrigeren Wert am Bilanzstichtag angesetzt. Abschreibungen früherer Jahre haben wir – soweit sich der Wert wieder entsprechend erhöht hat – nach dem Wegfall des steuerlichen Beibehaltungswahlrechts rückgängig gemacht.

Gewinne und Verluste bei Personengesellschaften sowie Gewinnausschüttungen von Kapitalgesellschaften erfassen wir bei Mehrheitsbeteiligungen periodengerecht im Jahr des Entstehens. Die von der HypoVereinsbank AG bei der HypoVereinsbank Luxembourg S.A., Luxemburg, geleistete stille Einlage wird gewinnabhängig verzinst. Die Zinsen werden zeitgleich vereinnahmt.

Beim Ausweis der Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren (E.7) sowie der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf diese Finanzanlagen (A.9) wenden wir das Wahlrecht des § 340 c Abs. 2 Satz 2 HGB an. Wir kompensieren die entsprechenden Aufwendungen und Erträge, die auch Erfolge aus der Veräußerung von Finanzanlagen enthalten.

Unser Sachanlagevermögen (Aktivposten 11) bewerten wir zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, die wir – soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt – um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der erwarteten Nutzungsdauer mindern. Dabei lehnen wir uns eng an die Abschreibungsvorschriften des § 7 EStG in Verbindung mit den amtlichen Abschreibungstabellen für Mobilien an. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Zu- und Abgang gezeigt.

Zugänge bei Vermögensgegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung schreiben wir im Jahr der Anschaffung zeitanteilig ab.

Verbindlichkeiten (Passivposten 1 bis 3 und 9) passivieren wir mit ihrem Rückzahlungsbetrag; eine Differenz zum Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt und planmäßig aufgelöst. Dagegen setzen wir Verbindlichkeiten ohne laufende Zinszahlungen mit ihrem Barwert an.

Rückstellungen für Steuern, ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (Passivposten 7) bemessen wir entsprechend den Grundsätzen vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme. Der Ansatz erfolgt grundsätzlich zum Nominalwert, soweit nicht die bilanzrechtlichen Vorschriften eine Abzinsung erfordern. Pensionsrückstellungen haben wir nach versicherungsmathematischen Grundsätzen (Rechnungszinsfuß 6%) mit dem Teilwert nach § 6 a EStG in Verbindung mit R 41 EStR in steuerlich maximal zulässiger Höhe gebildet. Den sich aus den in 1998 überarbeiteten Sterbetafeln ergebenden Anpassungsbetrag haben wir – entsprechend den steuerlichen Vorgaben – mit einem weiteren Drittel zugeführt.

Ergebnisunterschiede zwischen Handelsbilanz und Steuerbilanz, die sich im Zeitablauf voraussichtlich wieder ausgleichen (sog. Timing Differences), werden in Nebenrechnungen dokumentiert. Durch das Gesetz zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung (Steuersenkungsgesetz) wurde die Besteuerung von Kapitalgesellschaften und ihrer Anteilseigner grundlegend geändert. Grundsätzlich werden seit dem 1. Januar 2001 Kapitalgesellschaften mit einem definitiven Körperschaftsteuersatz von 25% belastet, unabhängig davon, ob Gewinne ausgeschüttet werden oder nicht. Die Berechnung der latenten Steuern

erfolgt mit dem zukünftig geltenden Körperschaftsteuersatz einschließlich Solidaritätszuschlag in Höhe von 26,4% und dem unveränderten Gewerbeertragsteuersatz von 18,2%. Auf Grund der Abzugsfähigkeit der Gewerbesteuer bei der Ermittlung der Körperschaftsteuer ergibt sich daraus eine Senkung des Gesamtbewertungssatzes auf 39,8%. Aktivishe und passivische latente Steuern werden saldiert. Der verbleibende aktivische Saldo ist unter der Position Steuerabgrenzungsposten ausgewiesen. Er ist insbesondere auf die steuerliche Nichtanerkennung von Drohverlustrückstellungen und Rückstellungen für Altersteilzeit sowie die in der Steuerbilanz erforderliche Abzinsung von Rückstellungen zurückzuführen.

Unser Jahresüberschuss ist durch steuerlich bedingte Mehrabschreibungen bzw. unterlassene Zuschreibungen nicht beeinflusst worden.

WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die Währungsumrechnung erfolgt nach den in § 340 h HGB vorgegebenen Grundsätzen. Daneben beachten wir die zur Währungsumrechnung für Kreditinstitute vom Bankenfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer erlassene Stellungnahme 3/1995. Danach werden auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte grundsätzlich mit marktgerechten Kursen am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände ohne besondere Deckung werden demgegenüber mit ihrem Anschaffungskurs angesetzt. Nicht abgewickelte Termingeschäfte werden zum Terminkurs am Bilanzstichtag bewertet.

Erfolge, die sich aus der Währungsumrechnung bilanzwirksamer Positionen sowie aus der Bewertung von Terminkontrakten zum Jahresultimo ergeben, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Darin enthaltene Umrechnungsgewinne aus sich im Zahlungsverkehr ergebenden offenen Positionen werden zeitnah realisiert. Signifikante Erfolgsverschiebungen ergeben sich dabei nicht. Bei vorhandenen strategischen Währungspositionen bilden wir für negative Bewertungsergebnisse Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Nicht realisierte positive Bewertungsergebnisse bleiben dagegen außer Ansatz.

ANGABEN ZUR BILANZ

LAUFZEITGLIEDERUNG AUSGEWÄHLTER AKTIVPOSTEN

in Mio €	2000	1999
A 3 b) Andere Forderungen an Kreditinstitute		
mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	26 705	22 699
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4 207	4 037
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4 380	3 736
mehr als 5 Jahre	1 160	1 402
A 4) Forderungen an Kunden		
mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	22 597	18 556
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	10 659	8 202
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	37 572	30 530
mehr als 5 Jahre	118 603	122 824
mit unbestimmter Laufzeit	14 063	15 605
A 5) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
im Folgejahr fällig werdende Beträge	14 528	7 815

LAUFZEITGLIEDERUNG
AUSGEWÄHLTER PASSIVPOSTEN

in Mio €	2000	1999
P 1 b) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	35 870	28 440
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	13 699	12 629
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	7 106	6 432
mehr als 5 Jahre	6 053	5 509
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
P 2 ab) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	8	7
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	119	151
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	208	258
mehr als 5 Jahre	—	1
P 2 b) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe, P 2 c) begebene öffentliche Namenspfandbriefe,		
P 2 db) andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	25 150	21 170
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3 612	2 774
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	17 600	13 232
mehr als 5 Jahre	18 217	19 045
Verbriefte Verbindlichkeiten		
P 3 a) Begebene Schuldverschreibungen im Folgejahr fällig werdende Beträge	54 475	50 289
P 3 b) Andere verbriefte Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	733	729
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	—	—
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	—	—
mehr als 5 Jahre	—	—

BEZIEHUNGEN ZU VERBUNDENEN UNTERNEHMEN
UND ZU BETEILIGUNGSUNTERNEHMEN

in Mio €	an / gegenüber	an / gegenüber	an / gegenüber	an / gegenüber
	verbundene(n)	verbundene(n)	Unternehmen	Unternehmen
	Unternehmen	Unternehmen	mit Beteiligungs-	mit Beteiligungs-
			verhältnis	verhältnis
	2000	1999	2000	1999
Forderungen an Kreditinstitute	20 600	17 090	338	278
Forderungen an Kunden	7 150	3 583	1 267	1 787
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2 539	2 412	5	7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8 452	6 034	376	168
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3 645	1 202	200	137
Verbriefte Verbindlichkeiten	7 474	6 671	21	13
Nachrangige Verbindlichkeiten	902	—	—	—

TREUHANDGESCHÄFTE

Die Gesamtbeträge des Treuhandvermögens und der Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich in folgende Aktiv- und Passivpositionen:

in Mio €	2000	1999
Forderungen an Kreditinstitute	—	—
Forderungen an Kunden	15	17
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	—	—
Beteiligungen	17	17
Sonstige Vermögensgegenstände	—	—
Treuhandvermögen	32	34
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15	16
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	17	18
Sonstige Verbindlichkeiten	—	—
Treuhandverbindlichkeiten	32	34

VERMÖGENSGEGENSTÄNDE
UND SCHULDEN IN FREMDWÄHRUNG

Rund 62,3% unseres Fremdwährungsvolumens bestehen aus USD, 10,4% aus JPY und 16,1% aus GBP.

Dargestellt sind die Euro-Gegenwerte aller Währungen. Betragliche Unterschiede zwischen Vermögensgegenständen und Schulden sind i. d. R. durch außerbilanzielle Geschäfte ausgeglichen.

in Mio €	2000	1999
Vermögensgegenstände	78 419	56 317
Schulden	94 383	64 706

NACHRANGIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in folgenden Aktivposten enthalten:

in Mio €	2000	1999
Forderungen an Kreditinstitute	246	150
Forderungen an Kunden	70	495
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	822	1 045
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	6	36
(davon: eigene Genussscheine aus Marktpflegebeständen)	1	21)

WERTPAPIERE UND FINANZANLAGEN

Die in den entsprechenden Bilanzpositionen enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere teilen sich nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren wie folgt auf:

in Mio €	börsenfähige	börsenfähige	davon	davon	davon nicht	davon nicht
	Wertpapiere	Wertpapiere	börsennotiert	börsennotiert	börsennotiert	börsennotiert
	2000	1999	2000	1999	2000	1999
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	50 959	43 166	43 075	41 337	7 884	1 829
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	9 527	8 618	9 432	8 589	95	29
Beteiligungen	781	684	778	681	3	3
Anteile an verbundenen Unternehmen	9 528	2 987	2 548	2 438	6 980	550

EIGENE AKTIEN

Zu Jahresbeginn 2000 sowie am 31. Dezember 2000 hatten weder wir noch von uns abhängige oder in unserem Mehrheitsbesitz stehende Unternehmen Aktien der HypoVereinsbank AG (eigene Aktien) im Bestand.

Die Hauptversammlung im Mai 2000 hat die HypoVereinsbank AG ermächtigt, bis zum Ablauf ihrer nächsten ordentlichen Hauptversammlung, längstens jedoch bis zum 31. Oktober 2001, zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu kaufen und zu verkaufen. Die Erwerbspreise dürfen den durchschnittlichen Einheitskurs der Aktien an der Bayerischen Börse an den jeweils drei vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10% über- bzw. unterschreiten. Der Bestand

der zu diesem Zwecke erworbenen Aktien darf am Ende jeden Tages 5% des Grundkapitals der HypoVereinsbank AG nicht übersteigen.

Anstelle der von der Hauptversammlung im Mai 1999 erteilten Ermächtigung hierfür genehmigtes Kapital auszunutzen, haben wir Anfang 2000 zur Begebung von Belegschafts- und Leistungsaktien 566 004 Stück eigene Aktien erworben. Der Einstandspreis für diese Aktien (auf den Inhaber lautende Stammaktien) betrug 61,47 € je Stück. Von unseren Mitarbeitern und Pensionisten wurden insgesamt 226 364 Stück, von Mitarbeitern und Pensionisten unserer Konzern-töchter 23 303 Stück zu einem Vorzugskurs von 43,46 € je Stück bezogen. Den Unterschiedsbetrag zwischen Erwerbs- und Ausgabepreis haben wir als freiwillige Sozialleistung unter den Löhnen und Gehältern erfasst. Weitere 78 981 Stück wurden im Rahmen unserer leistungsorientierten Vergütung als Leistungsaktien

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

in Mio €	Anschaffungs-/ Herstellungskosten	Zugänge Geschäftsjahr	Abgänge Geschäftsjahr
	1	2	3
Sachanlagen	2 294	222	295
darunter: Leasinggegenstände	51	—	—
Andere Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	28	—	—
	Anschaffungs- kosten		
Beteiligungen	1 854		
Anteile an verbundenen Unternehmen ²	13 929		
Wertpapiere des Anlagevermögens	—		

¹ Von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV wurde Gebrauch gemacht.

² Einschl. der 1996 von Porta GmbH zur Wiederveräußerung übernommenen Anteile der Brau und Brunnen AG.

³ Einschl. Wertveränderung aus der Währungsumrechnung.

anstelle einer entsprechenden Barvergütung an unsere Mitarbeiter sowie Mitarbeiter unserer Konzerntöchter ausgegeben. Der verbleibende Restbestand von 237 356 eigenen Aktien wurde im April und Dezember 2000 zu einem durchschnittlichen Kurs von 65,00 € je Stück veräußert.

Im Rahmen des berichtspflichtigen Wertpapierhandelsgeschäfts haben die HypoVereinsbank AG und von ihr abhängige oder in ihrem Mehrheitsbesitz stehende Unternehmen gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 1 AktG zum Schutz der Funktionsfähigkeit des Marktes in ihren Aktien und gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu Handelszwecken unter Beachtung der gesetzlichen Bedingungen zu den jeweiligen Tageskursen 24 844 187 Stück Aktien der HypoVereinsbank AG zu einem durchschnitt-

lichen Ankaufspreis von 63,67 € je Stück erworben und zu einem durchschnittlichen Verkaufspreis von 63,83 € je Stück wieder veräußert. Der Mehrerlös ist in den Erträgen enthalten. Die gekauften Stücke entsprechen einem Betrag von 75 Mio € bzw. 4,6% des Grundkapitals.

Der höchste Tagesbestand an eigenen Aktien einschließlich der für unsere Mitarbeiter vorgesehenen Aktien belief sich während des Berichtsjahres auf 1 859 950 Stück (das entspricht einem Betrag von 6 Mio € bzw. 0,3% des Grundkapitals).

Am Jahresende waren uns und von uns abhängigen oder in unserem Mehrheitsbesitz stehenden Unternehmen gemäß § 71e Abs. 1 Satz 2 AktG insgesamt 912 122 Stück eigene Aktien als Sicherheit verpfändet. Dies entspricht einem Betrag von 3 Mio € bzw. einem Anteil von 0,2% des Grundkapitals.

Umbuchungen Geschäftsjahr ³	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen kumuliert	Abschreibungen Geschäftsjahr	Restbuchwert 31. 12. 2000	Restbuchwert 31. 12. 1999
4	5	6	7	8	9
—	2	1 126	260	1 097	1 188
—	—	31	3	20	23
—	—	—	—	28	28
Veränderungen +/- ¹				Restbuchwert 31. 12. 2000	Restbuchwert 31. 12. 1999
- 55				1 799	1 502
- 195				13 734	6 400
—				—	—

SACHANLAGEN

In der Bilanzposition Sachanlagen sind enthalten:

in Mio €	2000	1999
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	380	383
Betriebs- und Geschäftsausstattung	686	789
darunter: Leasinggegenstände	20	23

SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

in Mio €	2000	1999
Inkassopapiere wie Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine	292	151
Bezahlte Prämien für noch nicht fällige Optionsgeschäfte	2062	1945
Gewinnansprüche	600	509
Bewertungsausgleichsposten für gebundene Währungspositionen	611	793
Gesellschaftsanteile zur Weiterveräußerung	274	245
Marginleistungen an EUREX	5	187
Kapitalanlagen bei Lebensversicherungsgesellschaften	226	202
Ansprüche auf Steuererstattungen	257	140

AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

In der aktiven Rechnungsabgrenzung sind enthalten:

in Mio €	2000	1999
Disagio aus Verbindlichkeiten	413	391
Agio aus Forderungen	21	25

SICHERHEITENÜBERTRAGUNG FÜR EIGENE VERBINDLICHKEITEN

Für nachstehende Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände in Höhe von insgesamt 17 140 Mio € als Sicherheit übertragen.

in Mio €	2000	1999
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15 701	12 404
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 439	1 995
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	—
Eventualverbindlichkeiten	—	—

Die Sicherheitenleistungen für eigene Verbindlichkeiten betreffen überwiegend Mittel der KfW und ähnlicher Institute, die wir zu deren Bedingungen weitergegeben haben, sowie Sicherheitsleistungen für Rückgabeverpflichtungen aus Wertpapierleihgeschäften.

Als Pensionsgeber echter Pensionsgeschäfte haben wir Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von 9679 Mio € verpensioniert. Die Vermögensgegenstände sind weiterhin Bestandteil unserer Aktiva, die erhaltenen Gegenwerte weisen wir unter den Verbindlichkeiten aus. Es handelt sich überwiegend um Offenmarktgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank und Geschäfte an internationalen Geldmärkten.

Zum Bilanzstichtag haben wir Wertpapiere im Wert von nominal 2141 Mio € als Sicherheit für Geschäfte an EUREX, CEDEL Clearstream Banking, Luxemburg, und Clearstream Banking, Frankfurt am Main, verpfändet.

Auf Grund der Geschäftstätigkeit im Ausland hatten wir zum Jahresende Vermögenswerte in Höhe von 1363 Mio € entsprechend den Bestimmungen des jeweiligen Landes als Sicherheit hinterlegt.

SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN

Prämien, die wir als Stillhalter bei Devisen-, Aktien- und Zinsoptionsgeschäften erhalten, weisen wir in den sonstigen Verbindlichkeiten aus.

in Mio €	2000	1999
Ausgleichsposten für Swapgeschäfte und gebundene Währungspositionen	447	111
Erhaltene Prämien für noch nicht fällige Optionsgeschäfte	2070	1851
Noch nicht fällige Zinsen auf Genussrechtskapital	59	78
Verbindlichkeiten aus Zuschüssen an und Verlustübernahmen von Tochtergesellschaften	261	257
Verbindlichkeiten aus Wertpapier-Short-Positionen	1 636	778
Verbindlichkeiten aus der Neustrukturierung des Geschäftsbereichs Amerika	171	—

Verbindlichkeiten aus Wertpapier-Short-Positionen haben wir erstmals in dieser Position ausgewiesen. Im Vorjahr erfolgte der Ausweis unter den täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Zur besseren Vergleichbarkeit haben wir die Vorjahreszahlen angepasst.

PASSIVER

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Die Disagien aus zum Nennwert bilanzierten Forderungen betragen 940 Mio €.

RÜCKSTELLUNGEN

In den anderen Rückstellungen sind die nachfolgend aufgeführten Posten enthalten:

in Mio €	2000	1999
Rückstellungen im Kreditgeschäft	486	548
Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	367	348
Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten	602	562
darunter:		
Prämienzahlungen für Sparverträge	31	35
Jubiläumzahlungen	62	56
Vorruhestandszahlungen	51	44
Zahlungen an Mitarbeiter	239	213
Andere Rückstellungen insgesamt	1 455	1 458

SONDERPOSTEN MIT RÜCKLAGEANTEIL

Auf Grund steuerlicher Vorschriften hatten wir in früheren Jahren vorgenommene Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen und an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, rückgängig gemacht, soweit sich der Wert wieder erhöht hatte. Aus diesem Buchgewinn hatten wir 1999 gem. § 52 Abs. 16 Satz 3 EStG 128 Mio € dem Sonderposten mit Rücklageanteil zugeführt. Davon haben wir in diesem Jahr 32 Mio € planmäßig aufgelöst.

NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN

In dieser Position sind anteilige Zinsen in Höhe von 189 Mio € enthalten. Im Jahr 2000 sind Zinsaufwendungen von 547 Mio € angefallen.

Bei allen nachrangigen Verbindlichkeiten kann eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung nicht entstehen. Im Falle der Insolvenz oder der Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Bei bankaufsichtsrechtlichen Eigenmitteln werden diese nachrangigen Verbindlichkeiten als Ergänzungskapital oder Drittrangmittel angerechnet.

Im Gesamtbetrag ist kein Einzelposten enthalten, der 10% der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigt.

GENUSSRECHTSKAPITAL

Inhaber-Optionsgenussscheine von 1990 WKN 802 211	Nennbetrag umgerechnet in Mio €
Inhaber-Optionsgenussscheine insgesamt eingeteilt in Genussscheine	256
Stück 75 000 zu je € 511,29 (DM 1 000,-)	
Stück 42 500 zu je € 5 112,92 (DM 10 000,-)	

Die Genussscheininhaber haben einen dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehenden Zinsanspruch von jährlich 9,5% des Nennbetrags. Der Zinsanspruch mindert sich ohne Nachzahlungsanspruch, soweit sich durch eine Ausschüttung ein Jahresfehlbetrag ergeben würde.

Die Rückzahlung erfolgt zum Nennbetrag – vorbehaltlich einer Teilnahme am Verlust – am Tag nach der Hauptversammlung, die über das Geschäftsjahr 2000 beschließt. Die Teilnahme an einem etwaigen Jahresfehlbetrag mindert den Rückzahlungsanspruch anteilig. Jahresüberschüsse in den Folgejahren erhöhen die Rückzahlungsansprüche wieder bis maximal zum Nennbetrag.

Die Genussscheine verbriefen Gläubigerrechte, sie gewähren keinen Anteil am Liquidationserlös.

Die mit den Genussscheinen emittierten Optionsrechte auf den Bezug von Aktien der Bank sind am 30. Juni 1993 abgelaufen.

Inhaber-Wandelgenussscheine von 1991 WKN 802 018	Nennbetrag umgerechnet in Mio €
Inhaber-Wandelgenussscheine insgesamt	1
eingeteilt in Inhaber-Wandelgenussscheine	
Stück 1 879 zu je € 511,29 (DM 1 000,-)	
Stück 6 zu je € 5 112,92 (DM 10 000,-)	

Die Genussscheininhaber haben einen dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehenden Zinsanspruch von jährlich 9,25% des Nennbetrags. Der Zinsanspruch mindert sich mit Nachzahlungsanspruch, soweit sich durch eine Ausschüttung ein Jahresfehlbetrag ergeben würde.

Die Rückzahlung erfolgt zum Nennbetrag – vorbehaltlich einer Teilnahme am Verlust – am Tag nach der Hauptversammlung, die über das Geschäftsjahr 2001 beschließt. Die Teilnahme an einem etwaigen Jahresfehlbetrag mindert den Rückzahlungsanspruch anteilig. Jahresüberschüsse in den Folgejahren erhöhen die Rückzahlungsansprüche wieder bis maximal zum Nennbetrag.

Die mit den Genussscheinen verbundenen Rechte auf Wandlung in Aktien der Bank sind am 15. Dezember 1999 abgelaufen.

Die Genussscheine verbriefen Gläubigerrechte, sie gewähren keinen Anteil am Liquidationserlös.

Die Genussscheine stellen für die Bank Eigenmittel im Sinne von § 10 Abs. 7 KWG dar.

Inhaber-Genussscheine von 1997 WKN 802 180	Nennbetrag umgerechnet in Mio €
Inhaber-Genussscheine insgesamt	511
eingeteilt in Genussscheine	
Stück 1 000 000 zu je € 511,29 (DM 1 000,-)	

Die Genussscheininhaber haben einen dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehenden Zinsanspruch von jährlich 6,75% des Nennbetrags. Der Zinsanspruch mindert sich ohne Nachzahlungsanspruch, soweit sich durch eine Ausschüttung ein Jahresfehlbetrag ergeben würde.

Die Rückzahlung erfolgt zum Nennbetrag – vorbehaltlich einer Teilnahme am Verlust – am Tag nach der Hauptversammlung, die über das Geschäftsjahr 2007 beschließt. Die Teilnahme an einem etwaigen Jahresfehlbetrag mindert den Rückzahlungsanspruch anteilig. Jahresüberschüsse in den Folgejahren erhöhen die Rückzahlungsansprüche wieder bis maximal zum Nennbetrag.

Die Genussscheine verbriefen Gläubigerrechte, sie gewähren keinen Anteil am Liquidationserlös.

Die Genussscheine stellen für die Bank Eigenmittel im Sinne von § 10 Abs. 5 KWG dar.

EIGENKAPITAL

Wir haben am 31. Juli 2000 den Anträgen zweier Aktionäre zugestimmt, entsprechend einer satzungsgemäßen Ermächtigung deren insgesamt 13 524 370 Namens-Stammaktien in

Inhaber-Stammaktien umzuwandeln. Die Umwandlung und die entsprechende Satzungsänderung wurden am 3. November 2000 ins Handelsregister eingetragen.

ENTWICKLUNG DES BILANZIELLEN EIGENKAPITALS

	in Mio €	in Mio €
Gezeichnetes Kapital Stand 1. 1. 2000	1 265	
Zugang aus Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen	342	
Stand 31. 12. 2000		1 607
Kapitalrücklage Stand 1. 1. 2000	7 146	
Einstellung aus Agio Kapitalerhöhung	6 082	
Stand 31. 12. 2000		13 228
Gewinnrücklagen		
Gesetzliche Rücklage		
Stand 1. 1. 2000	56	
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss	—	
Stand 31. 12. 2000		56
Andere Gewinnrücklagen		
Stand 1. 1. 2000	2 462	
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss	250	
Stand 31. 12. 2000		2 712
Bilanzgewinn Stand 1. 1. 2000	359	
Ausschüttung der HVB AG in 2000	– 359	
Jahresüberschuss	706	
Einstellung aus dem Jahresüberschuss in andere Gewinnrücklagen	– 250	
Stand 31. 12. 2000		456
Eigenkapital Stand 31. 12. 2000		18 059

Die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen erfolgte unter teilweiser Ausnutzung des genehmigten Kapitals. Das gezeichnete Kapital beträgt per 31. Dezember 2000 nominal 1607 Mio €.

GENEHMIGTES KAPITAL

Beschlussjahr	ursprünglicher Betrag in Mio €	noch vorhandener Betrag in Mio €	Befristung
2000	450	108	3. 5. 2005
2000	150	150	3. 5. 2005

Das genehmigte Kapital aus 1999 ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom Mai 2000 erloschen.

BEDINGTES KAPITAL

in Mio €	31. 12. 2000	Befristung
Beschluss der Hauptversammlung von 2000	300	3. 5. 2005

Das bisherige bedingte Kapital ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom Mai 2000 erloschen.

ANTEILE AM GRUNDKAPITAL DER HYPOVEREINSBANK AG ÜBER 5%

in %	2000	1999
BA Holding AG	21,3	—
Allianz AG	13,7	17,4
E.ON AG ¹	6,6	8,1
Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG	5,1	6,4
Bayerische Landesstiftung	—	5,4

¹ Im Vorjahr von VIAG AG gehalten.

Nach der Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage um nominal 342 Mio € hält die BA Holding AG 21,3% am Grundkapital. Die Anteile der übrigen Aktionäre haben sich dadurch entsprechend reduziert, die Anteile der Bayerischen Landesstiftung sanken unter 5%.

ANTEILSBESITZLISTE

GEMÄSS § 285 NR. 11 HGB

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes als Bestandteil des Anhangs ist beim Handelsregister in München hinterlegt und kann unter unserer Internetadresse www.hypovereinsbank.de/anteilsbesitz abgerufen werden.

ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Eine Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform haben wir in den Lagebericht aufgenommen.

GEOGRAPHISCHE AUFTEILUNG DER ERTRÄGE

- Die
- Zinserträge
 - laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen
 - Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen
 - Provisionserträge
 - sonstigen betrieblichen Erträge sowie
 - das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften
- verteilen sich regional wie folgt:

in Mio €	2000	1999
Deutschland	15 951	15 683
Übriges Europa	2 019	1 985
Amerika	1 921	1 165
Asien	389	323

AUFGLIEDERUNG DER AUFWENDUNGEN FÜR E-COMMERCE

Die Aufwendungen für E-Commerce in Höhe von 102 Mio € sind insbesondere im Zusammenhang mit den stark gestiegenen Online-Transaktionen für die Erweiterung des Angebots von Bankdienstleistungen über das Internet sowie für den Aufbau eines Internetportals mit umfassenden Dienstleistungen rund um die Immobilie entstanden.

Ähnliche, vom Umfang her jedoch im Geschäftsjahr unwesentliche Aufwendungen sind auch im Vorjahr angefallen. Diese wurden nicht separat erfasst und sind im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

AUFGLIEDERUNG DER SONSTIGEN BETRIEBLICHEN AUFWENDUNGEN UND ERTRÄGE

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten u. a. Beträge für die Betriebsgemeinschaft und das Personal.

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Einnahmen aus der Vermietung und Verpachtung, aus dem Verkauf von Immobilien sowie Leasingerträge in Höhe von 3 Mio € enthalten.

Wesentliche Dienstleistungen gegenüber Dritten erbrachten wir in der Depot- und Vermögensverwaltung sowie in der Vermittlung von Versicherungen, Bausparverträgen und Fondsanteilen.

Darüber hinaus haben wir unseren Beitrag zur Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, für den wir bereits im Vorjahr eine Rückstellung gebildet hatten, noch einmal deutlich erhöht.

AUFGLIEDERUNG DER AUSSERORDENTLICHEN AUFWENDUNGEN UND ERTRÄGE

Im Zusammenhang mit der Fusion der ehemaligen Vereinsbank und der ehemaligen HYPO-BANK sind letztmals fusionsbedingte Aufwendungen zur Feinabstimmung der EDV und für einige erst im Jahr 2000 abgeschlossene Integrationsmaßnahmen angefallen. Die gesamten Fusionsaufwendungen seit 1997 belaufen sich damit auf 670 Mio €.

STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen im Wesentlichen auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit. Bei den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sowie den sonstigen Steuern sind insgesamt 83 Mio € an Organgesellschaften weiterbelastete Steuern gekürzt.

SONSTIGE ANGABEN

HAFTUNGSVERHÄLTNISSE UND SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Der Gesamtbetrag der Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen von 21 949 Mio € setzt sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

in Mio €	2000	1999
Kreditbürgschaften	3 752	5 820
Erfüllungsgarantien und Gewährleistungen	16 765	14 017
Außenhandelsbezogene Bürgschaften (Akkreditive)	1 432	1 058

Unter den anderen Verpflichtungen gibt es keine wesentlichen Einzelpositionen. Die unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 43 197 Mio € beziehen sich im Einzelnen auf:

in Mio €	2000	1999
Buchkredite	38 391	43 802
Hypotheken- und Kommunaldarlehen	2 891	3 957
Avalkredite	1 645	2 887
Wechselkredite	270	220

Sonstige finanzielle Verpflichtungen entstehen insbesondere aus Miet-, Pacht-, Leasing- und Wartungsverträgen sowie aus der Anmietung von Gewerbeflächen und der Nutzung von technischen Geräten. Sie belaufen sich auf rund 213 Mio € jährlich. Die Vertragslaufzeiten sind marktüblich, Belastungsverschiebungen in künftige Geschäftsjahre erfolgten nicht.

Gegenüber Hotelbetriebsgesellschaften, an denen wir mittelbar mehrheitlich beteiligt sind, haben wir erklärt, dass wir etwaige Verluste dieser Gesellschaften durch Ertragszuschüsse ausgleichen werden.

Im Rahmen der Grundstücksfinanzierung und -entwicklung wurden von Fall zu Fall zur Förderung der Vermarktbarkeit von Fondskonstruktionen – insbesondere so genannte Leasingfonds und (geschlossene) KG-Immobilienfonds der

Tochtergesellschaft H.F.S. Hypo-Fondsbeteiligungen für Sachwerte GmbH – Mieteintrittsverpflichtungen oder Mietgarantien übernommen. Erkennbare Risiken aus diesen Garantien sind berücksichtigt worden. Zugunsten von Anteilshabern von Renten-/Geldmarktfonds einiger unserer Kapitalanlagegesellschaften haben wir Leistungsgarantien abgegeben.

Einzahlungsverpflichtungen auf nicht voll eingezahlte Aktien und Anteile beliefen sich Ende 2000 auf 304 Mio €, die Haftsummen für Genossenschaftsanteile auf 1 Mio €. Nachhaftungen gemäß § 24 GmbHG bestanden bei 8 Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Höhe von 20 Mio €. Die Bank war bei einer Kapitalgesellschaft, die noch nicht im Handelsregister eingetragen war, Mitgründerin.

Bei der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, bestand Ende 2000 eine anteilige Nachschusspflicht gemäß § 26 GmbHG in Höhe von 43 Mio €. Darüber hinaus haften wir für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e. V., Berlin, angehörenden Gesellschafter gemäß § 5 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages.

Zum Bilanzstichtag bestand eine unbeschränkte, persönliche Haftung aus dem Besitz von Anteilen an 10 Personengesellschaften. Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds haben wir uns verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V., Berlin, von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten von in unserem Mehrheitsbesitz stehenden Kreditinstituten anfallen würden. Eine analoge Erklärung haben wir gemäß § 3 Abs. 1 des Statuts des Einlagensicherungsfonds für die Bank-Bausparkassen für unsere Bausparkassentochter abgegeben.

PATRONATSERKLÄRUNGEN

Die HypoVereinsbank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, im Rahmen ihrer Anteilsquote dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können:

1. Kreditinstitute Inland

Bankhaus Gebrüder Bethmann, Frankfurt/Main
Bankhaus Maffei & Co. KGaA, München
Bayerische Handelsbank AG, München
Direkt Anlage Bank AG, München
Financial Markets Service Bank GmbH, München
Hanseatische Investitions-Bank GmbH, Hamburg
HypoVereinsbank Bulgaria GmbH, München
norisbank Aktiengesellschaft, Nürnberg
Nürnberger Hypothekenbank AG, Nürnberg
Süddeutsche Bodencreditbank AG, München
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft, Hamburg
Vereinsbank Victoria Bauspar Aktiengesellschaft, München
Westfalenbank Aktiengesellschaft, Bochum
Westfälische Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Dortmund
Württembergische Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Stuttgart

2. Kreditinstitute Ausland

Banco Inversión S.A., Madrid
Banco Popular Hipotecario S.A., Madrid
Bank Austria Aktiengesellschaft, Wien
Bank Przemyslowo-Handlowy S.A., Krakau
Bank von Ernst & Cie. AG, Bern
FGH Bank N.V., Utrecht
HVB Jelzálogbank Rt., Budapest
HVB Real Estate Capital France S.A., Paris (vorm. BV France)
HypoVereinsbank Bank Hipoteczny SA, Warschau
HypoVereinsbank CZ a.s., Prag
HypoVereinsbank Hungaria Rt., Budapest
HypoVereinsbank Ireland, Dublin
HypoVereinsbank Luxembourg S.A., Luxemburg
HypoVereinsbank Slovakia a.s., Bratislava
Pfandbrief Bank International S.A., Luxemburg
SKWB Schoellerbank Aktiengesellschaft, Wien

3. Finanzdienstleistungsinstitute

HVB Finance (Delaware) Inc., Wilmington
HVB Finanziaria S.p.A., Mailand

4. Finanzunternehmen

Bayerische Immobilien-Leasing GmbH, München¹
Bayerische Immobilien-Leasing GmbH & Co. Verwaltungs-KG, München¹
HVB Real Estate Capital Ltd., London
WBRM-Holding GmbH, Essen²

5. Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten

HypoVereinsFinance N.V., Amsterdam

BANKAUFSICHTSRECHTLICHE EIGENMITTEL

Die Eigenmittel bestehen gemäß § 10 Abs. 2 KWG aus dem haftenden Eigenkapital und den Drittrangmitteln und betragen 29 446 Mio €.

Das haftende Eigenkapital setzt sich aus dem Kern- und Ergänzungskapital zusammen und beträgt 28 391 Mio €. Dem Ergänzungskapital haben wir nicht realisierte Reserven nach § 10 Abs. 2 b Satz 1 Nr. 6 und 7 KWG von 2533 Mio € zugerechnet. Die Begrenzungsnorm des maximalen Ansatzes von 1,4% der Risikoaktiva wurde in diesem Jahresabschluss wirksam.

TERMINGESCHÄFTE

Ausführliche Angaben zu unseren Termingeschäften mit detaillierten Aufgliederungen des Nominalvolumens und der Kontrahentenstruktur haben wir in den Risikobericht aufgenommen.

¹ Die von der Bayerischen Immobilien Leasing (BIL), Teilkonzern, abgegebene Patronatserklärung kann bei der BIL abgerufen werden.

² Anteil 50%, ausgewiesen unter sonstige Vermögenswerte, da keine dauerhafte Halteabsicht.

MITARBEITER

Der durchschnittliche Personalstand betrug:

	2000	1999
Mitarbeiter (ohne Auszubildende)	23 555	24 137
davon:		
Vollzeitbeschäftigte	19 778	20 535
Teilzeitbeschäftigte	3 777	3 602
Auszubildende	1 611	1 575

Nach der Betriebszugehörigkeit ergibt sich folgendes Bild:

in %	Mitarbeiterinnen (ohne Auszubildende)	Mitarbeiter	2000 insgesamt
Betriebszugehörigkeit			
25 Jahre und darüber	12,5	21,0	16,3
15 bis unter 25 Jahre	15,0	17,8	16,3
10 bis unter 15 Jahre	16,3	14,4	15,5
5 bis unter 10 Jahre	30,9	21,8	26,8
unter 5 Jahren	25,3	25,0	25,1

ORGANBEZÜGE

in Mio €	2000	1999
An die Mitglieder des Vorstands der HypoVereinsbank AG	12	10
An die Mitglieder des Aufsichtsrats der HypoVereinsbank AG	1	1
An die Mitglieder des Beirats der HypoVereinsbank AG	1	1
An frühere Mitglieder des Vorstands der HypoVereinsbank AG und deren Hinterbliebene	13	14

Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestanden per 31. Dezember 2000 Pensionsrückstellungen in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß § 6 a EStG ermittelten Teilwertes von 78 Mio € (72 Mio €).

ORGANKREDITE

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der Forderungen sowie der eingegangenen Haftungsverhältnisse an die Organe wie folgt dar:

in Mio €	2000	1999
An die Mitglieder des Vorstands der HypoVereinsbank AG	7	7
An die Mitglieder des Aufsichtsrats der HypoVereinsbank AG	6	9

ORGANE

AUFSICHTSRAT

Kurt F. Viermetz
Vorsitzender

Herbert Betz
stv. Vorsitzender

Dr. Richard Trautner
stv. Vorsitzender

Dr. Diethart Breipohl
seit 13.1.2000

Heidi Dennl

Volker Doppelfeld

Ernst Eigner

Helmut Gropper

Klaus Grünewald

Heinz-Georg Harbauer

Anton Hofer

Dr. Jochen Holzer
bis 31. 8. 2000

Dr. Edgar Jannott

Max Dietrich Kley

Peter König

Hanns-Peter Kreuser

Christoph Schmidt

Jürgen E. Schrepp

Dr. Siegfried Sellitsch
seit 17. 1. 2001

Prof. Dr. Dr. h. c.
Hans-Werner Sinn
seit 13. 1. 2000

Helmut Wunder

VORSTAND

Stephan Bub
seit 1. 2. 2001

Dr. Egbert Eisele

Dr. Stefan Jentzsch
ab 1.5. 2001

Dr. Norbert Juchem

Dr. Claus Nolting
seit 1.1. 2001

Dieter Rampl

Gerhard Randa
seit 1.1. 2001

Dr. Eberhard Rauch

Dr. Albrecht Schmidt

Dr. Stephan Schüller

Dr. Paul Siebertz

Dr. Wolfgang Sprißler

VERZEICHNIS DER MITGLIEDER DER ORGANE SOWIE DEREN MANDATE

AUFSICHTSRAT		
	Mandate in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von inländischen Gesellschaften	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
Kurt F. Viermetz Vice Chairman J. P. Morgan & Co. Incorporated, retired Vorsitzender	E.ON AG, Düsseldorf	Grosvenor Estate Holdings, London Federal Reserve Bank of New York (Member of the International Capital Advisory Committee) New York Stock Exchange (Chairman, International Capital Markets Committee)
Herbert Betz Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft Stellv. Vorsitzender		BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. (stv. Vorsitzender) HypoVereinsbank-BKK, München
Dr. Richard Trautner Ehemaliges Mitglied des Vorstands der Bayerischen Vereinsbank Aktiengesellschaft Stellv. Vorsitzender	Aktien-Brauerei-Kaufbeuren AG, Kaufbeuren (Vorsitzender) Allgäuer Brauhaus AG, Kempten (stv. Vorsitzender) AVECO Holding AG, Frankfurt ERGO Versicherungsgruppe AG, Düsseldorf MEA Meisinger AG, Aichach Rhön-Klinikum AG, Bad Neustadt/Saale	Kraftverkehr Bayern GmbH, München Weltbild Verlag GmbH, Augsburg (Vorsitzender)
Dr. Diethart Breipohl Mitglied des Aufsichtsrats der Allianz AG und ehemaliges Mitglied des Vorstands der Allianz AG seit 13. 1. 2000	Allianz AG, München Beiersdorf AG, Hamburg Continental AG, Hannover Karstadt AG, Essen mg technologies ag, Frankfurt KM Europa Metal AG, Osnabrück	Banco Popular Espanol S. A., Madrid BPI Banco Portugues de Investimente, Porto Crédit Lyonnais, Paris (Conseil d'Administration) Les Assurances Générales de France (AGF), Paris (Conseil d'Administration)
Heidi Dennl Mitarbeiterin der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft		
Volker Doppelfeld Vorsitzender des Aufsichtsrats der BMW AG, ehemaliges Mitglied des Vorstands der BMW AG	BMW AG, München (Vorsitzender) D.A.S. Deutscher Automobil Schutz Allgem. Rechtsschutz-Versicherungs-AG, München IWKA AG, Karlsruhe	Bizerba GmbH & Co. KG
Ernst Eigner Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft		
Helmut Gropper Ministerialdirektor, stv. Amtschef im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen		Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH, München Gesellschaft für den Staatsbediensteten-Wohnungsbau in Bayern mbH, München (Vorsitzender) Siedlungswerk Nürnberg GmbH, Nürnberg (Vorsitzender)
Klaus Grünewald Gewerkschaftssekretär der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen	Generali Lloyd AG, München	
Heinz-Georg Harbauer Landesverbandsleiter der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft in Bayern	D.A.S. Deutscher Automobil Schutz Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG, München	
Anton Hofer Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft		
Dr. Jochen Holzer Zuletzt Vorsitzender des Aufsichtsrats der VIAG Aktiengesellschaft bis 31. 8. 2000	E.ON AG, Düsseldorf	

	Mandate in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von inländischen Gesellschaften	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
Dr. Edgar Jannott Ehemaliger Vorsitzender des Vorstands und Mitglied des Aufsichtsrats der ERGO Versicherungsgruppe AG	ERGO Versicherungsgruppe AG, Düsseldorf Eurohypo AG Europäische Hypothekbank der Deutschen Bank, Frankfurt Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg Salamander AG, Kornwestheim Schindler Deutschland Holding GmbH, Berlin STRABAG AG, Köln	D.A.S., Difesa Automobilistica Sinistri, S.p.A. di Assicurazione, Verona/Italien VICTORIA-VOLKSBANKEN Versicherungs-AG, Wien (Vorsitzender des Aufsichtsrats)
Max Dietrich Kley Stellv. Vorsitzender des Vorstands der BASF AG	BASF Coatings AG, Münster ¹ (Vorsitzender) Gerling-Konzern Speziale Kreditversicherungs-Aktiengesellschaft, Köln Lausitzer Braunkohle AG, Senftenberg Mannesmann Demag Krauss Maffei AG, München Wintershall AG, Kassel ¹ (Vorsitzender) RWE Plus AG, Essen	BASF Innovationsfonds GmbH ¹ (Vorsitzender) BASFIN Corporation, Mount Olive/USA ¹ Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz WINGAS GmbH, Kassel ¹ WIEH GmbH ¹ , Berlin BASELL, Hoofddorp, Niederlande
Peter König Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft		
Hanns-Peter Kreuser Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft		Pensionskasse der Mitarbeiter der HypoVereinsbank, München
Christoph Schmidt Mitarbeiter der Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft	Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft, Hamburg ¹	
Jürgen E. Schrempf Vorsitzender des Vorstands der DaimlerChrysler AG	Allianz AG, München DaimlerChrysler Services AG, Berlin ¹ (Vorsitzender)	DaimlerChrysler of South Africa (Pty) Ltd. ¹ , Südafrika (Chairman of the Board of Directors) Freightliner Corporation ¹ , Portland, Oregon, USA (Chairman of the Executive Committee) New York Stock Exchange (NYSE), NY, USA South African Coal, Oil and Gas Corporation (Sasol) Ltd., Johannesburg, Südafrika Vodafone Airtouch plc, Newbury, UK
Dr. Siegfried Sellitsch Vorsitzender des Vorstands der Wiener Städtische Allgemeine Versicherung AG, Wien seit 17.1. 2001	InterRisk Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Wiesbaden ¹ (Vorsitzender) InterRisk Versicherungs-Aktiengesellschaft, Wiesbaden ¹ (Vorsitzender)	Allnations Inc., USA Bank Winter & Co. Aktiengesellschaft, Wien (Vorsitzender) Bene Gesellschaft mbH, Wien Böhler-Uddeholm Aktiengesellschaft, Wien Donau-Allgemeine Versicherungs Aktiengesellschaft, Wien ¹ (Vorsitzender) Montanversicherung Aktiengesellschaft, Wien ¹ (Vorsitzender) Österreichische Unilever Gesellschaft mbH, Wien Siemens Aktiengesellschaft Österreich, Wien UBM Realitätenentwicklung AG, Wien (Vorsitzender) Wüstenrot Wohnungswirtschaft registrierte Genossenschaft mbH, Salzburg
Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Werner Sinn Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung seit 13. 1. 2000		
Helmut Wunder Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft		HypoVereinsbank-BKK, München (Vorsitzender)

¹ Konzernmandat.

VORSTAND

	Mandate in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von inländischen Gesellschaften	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
Stephan Bub seit 1. 2. 2001		HVB Capital Corp., New York (Vorsitzender) ¹ HVB Capital LLC, New York (Vorsitzender) ¹ HVB Realty Capital Inc., New York (Vorsitzender) ¹ Schoeller Capital Management AG, Wien (Vorsitzender) ¹
Dr. Egbert Eisele	Bayerische Handelsbank AG, München ¹ Internationales Immobilien-Institut GmbH, München (Vorsitzender) ¹ Nürnberger Hypothekenbank AG, Nürnberg ¹ Süddeutsche Bodencreditbank AG, München ¹ Westfälische Hypothekenbank AG, Dortmund (Vorsitzender) ¹ Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart (Vorsitzender) ¹	Aufbaugesellschaft Bayern GmbH, München (Vorsitzender) ¹ Bank von Ernst & Cie AG, Bern ¹ FGH Bank N.V., Utrecht (Vorsitzender) ¹ HVB Asset Management GmbH, München ¹ HVB Private Clients GmbH, München ¹ HVB Real Estate Capital Ltd., London ¹ Pfandbrief Bank International S.A., Luxemburg ¹
Dr. Norbert Juchem	D.A.S. Deutscher Automobil Schutz Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG, München Deutsche Börse AG, Frankfurt IND ^{EX} CHANGE Investment AG, München (Vorsitzender) ¹	Bank Przemyslowo-Handlowy SA, (BPH), Krakau ¹ Fördergesellschaft für Börsen und Finanzmärkte in Mittel- und Osteuropa mbH, Frankfurt HVB Asset Management GmbH, München ¹ Hypo (UK) Holdings Limited, London ¹ Hypo Foreign & Colonial Management (Holdings) Ltd., London ¹ HypoVereinsbank Luxembourg S.A., Luxemburg (Vizepräsident) ¹ Victoria Kapitalgesellschaft mbH, Düsseldorf
Dr. Claus Nolting seit 1. 1. 2001	HVB Informations-Verarbeitungs-GmbH, München ¹	FGH Bank N.V., Utrecht ¹ HVB Real Estate Capital Ltd., London ¹ PBI Pfandbriefbank Luxembourg (Vorsitzender) ¹ SKWB Schoellerbank AG, Wien ¹
Dieter Rampl	Bio M Aktiengesellschaft Munich Bio Tech Development, Planegg (Vorsitzender) Bode AG, Grünwald Brau und Brunnen AG, Berlin und Dortmund (Vorsitzender) ¹ Elexis Elektroholding AG, Frankfurt FAG Kugelfischer Georg Schäfer KGaA, Schweinfurt Odeon Film AG, München SKW Trostberg AG, Trostberg	Bank Przemyslowo-Handlowy SA, (BPH), Krakau ¹ Bavaria Film GmbH, München Bayerische Immobilien-Leasing GmbH (BIL), München (Vorsitzender) ¹ Blue Capital GmbH, Hamburg ¹ HVB Asset Management GmbH, München ¹ HVB Private Clients GmbH, München ¹ Hypo Foreign & Colonial Management Ltd., London ¹ MAHAG – Münchener Automobil-Handel Haberl GmbH & Co. KG, München Marsh GmbH, München

¹Konzernmandat.

	Mandate in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von inländischen Gesellschaften	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
Gerhard Randa seit 1. 1. 2001		Allgemeine Baugesellschaft A. Porr AG, Wien Austrian Airlines Österr. Luftverkehrs AG, Wien CA-IB Investmentbank AG, Wien (Vorsitzender) ¹ Creditanstalt Aktiengesellschaft, Wien (Vorsitzender) ¹ Interunfall Versicherung AG, Wien Magna International Inc., Toronto Oesterreichische Kontrollbank AG, Wien (Vorsitzender) VA Technologie Aktiengesellschaft, Linz Voith Sulzer Papiermaschinen AG, St. Pölten (Vorsitzender) Wienerberger Baustoffindustrie AG, Wien Wiener Städtische Wechselseitige Versicherungsanstalt Vermögensverwaltung, Wien
Dr. Eberhard Rauch	ADA-has IT Management AG, Willich Bionorica Arzneimittel AG, Neumarkt/Opf. CTH/Bauer AG, Hamburg (Vorsitzender) Direkt Anlage Bank AG, München (Vorsitzender) ¹ HVB Informations-Verarbeitings-GmbH, München (Vorsitzender) ¹ Infineon Technologies AG, München Kennametal Hertel AG, Fürth (Vorsitzender) Koenig & Bauer AG, Würzburg norisbank AG, Nürnberg (Vorsitzender) ¹ PlanetHome AG, München (Vorsitzender) ¹ Vereinsbank Victoria Bauspar AG, München ¹	Bank Przemyslowo-Handlowy SA (BPH), Krakau ¹ Clearstream International S. A., Luxembourg Dr. R. Pfleger Chemische Fabrik GmbH, Bamberg
Dr. Albrecht Schmidt	Allianz AG Holding, Berlin und München Bayerische Handelsbank AG, München (Vorsitzender) ¹ Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, München Nürnberger Hypothekenbank AG, Nürnberg (Vorsitzender) ¹ Siemens Aktiengesellschaft, Berlin und München Süddeutsche Bodencreditbank AG, München (Vorsitzender) ¹ Vereins- und Westbank AG, Hamburg (Vorsitzender) ¹	
Dr. Stephan Schüller	Activest Investmentgesellschaft mbH (Vorsitzender) ¹ Allfonds Bayerische Kapitalanlagegesellschaft mbH, München (Vorsitzender) ¹ Direkt Anlage Bank AG, München ¹ FSB FondsServiceBank GmbH, Unterföhring (Vorsitzender) ¹ IND ^{EX} CHANGE Investment AG, München ¹ Internationales Immobilien-Institut GmbH, München ¹ norisbank AG, Nürnberg ¹ PlanetHome AG, München ¹ Vereins- und Westbank AG, Hamburg ¹ Vereinsbank Victoria Bauspar AG, München ¹ Westfalenbank AG, Bochum ¹	Banco Popular Espanol S. A., Madrid Bank Przemyslowo-Handlowy SA (BPH), Krakau (Vorsitzender) ¹ Bank von Ernst & Cie. AG, Bern ¹ Blue Capital GmbH, Hamburg (Vorsitzender) ¹ BVT Holding GmbH & Co. KG, München HVB Asset Management GmbH, München (Vorsitzender) ¹ HVB Asset Management Inc., New York (chairman) ¹ HVB Private Clients GmbH, München (Vorsitzender) ¹ Hypo (UK) Holdings Limited, London (Vorsitzender) ¹ Hypo Foreign & Colonial Management (Holdings) Ltd., London ¹ Pension Consult Beratungsgesellschaft für Altersvorsorge GmbH, München (Vorsitzender) ¹ SKWB Schoellerbank AG, Wien (Vorsitzender) ¹

	Mandate in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von inländischen Gesellschaften	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
Dr. Paul Siebertz	Bayerische Immobilien AG, München Internationales Immobilien-Institut GmbH, München ¹ PlanetHome AG, München ¹ Schwäbische Bank AG, Stuttgart ¹ Viterra AG, Bochum Westfälische Hypothekenbank AG, Dortmund ¹ Württembergische Hypothekenbank AG, Stuttgart ¹	Bayerische Landessiedlung GmbH, München BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G., Berlin HVB Projekt GmbH, München (Vorsitzender) ¹
Dr. Wolfgang Spriffler	HVB Informations-Verarbeitungs-GmbH, München ¹ Tivoli Grundstücks-AG, München (Vorsitzender) ¹	HypoVereinsbank Luxembourg S.A, Luxembourg (Präsident) ¹ Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt (Likobank)

¹ Konzernmandat.

AUFSTELLUNG DER MANDATE VON MITARBEITERN

	Mandate in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften
Dr. Wolfgang Bassermann	Michael Huber München (MHM) Holding GmbH, Kirchheim Rathgeber AG, München
Hans-Frieder Bauer	SpaceNet AG
Daniel Becker	KoCosS Messtechnik AG
Dietmar P. Binkowska	ADS Gesellschaft für Automation AG, Bad Homburg Cycos AG, Alsdorf
Dr. Andreas Bohn	Intertainment AG, Ismaning
Rudolf Deschl	Landesgewerbeanstalt Bayern AG, Nürnberg
Eckehard Dettinger-Klemm	SAT Medien AG
Matthias Diener	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH, Dresden
Dr. Peter Ermann	Vereinsbank Victoria Bauspar AG, München ¹
Gunter Ernst	Brau und Brunnen AG, Dortmund ¹ Dyckerhoff AG, Wiesbaden Gütermann AG, Gutach HVB-Offene Unternehmensbeteiligungs AG, München ¹ Westfalenbank AG, Bochum ¹
Matthias Glückert	Oechsler AG
Caspar von Hauenschild	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt/Main SAINT-GOBAIN ISOVER G + H AG, Ludwigshafen
Johann Huber	Loxxess AG, Tegernsee
Karl Ralf Jung	GI Ventures AG HVB-Offene Unternehmensbeteiligungs AG, München (Vorsitzender) ¹
Thomas Karl	Audicon AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft München, Berlin
Günter Kaupitz	Leipziger Stadtbau AG, Leipzig
Dr. Michael Kemmer	FMIS Financial Markets Information Services GmbH, München ¹ Köllmann AG, Wiesbaden
Thomas Killius	Hartmann AG Freiburg/Brsg.
Reinhard Klein	HVB Direkt Gesellschaft für Direktservice und Direktvertrieb mbH, München ¹
Dr. Alexander Kolb	Wilh. Werhahn-Gruppe, Neuss
Marko Kutter	Gebhard & Schuster Kursmakler AG, Gräfelfing
Michael Mendel	HVB-Offene Unternehmensbeteiligungs-AG, München ¹ Schaltbau AG, München
Dr. Diether Münich	Internationales Immobilien-Institut GmbH, München ¹
Josef Paulus	BUL Bergbausanierung und Landschaftsgestaltung Sachsen GmbH, Sabrodt
Dr. Hans-Gert Penzel	memIQ AG, Haar (Vorsitzender) sm-end-2-end.de AG, München
Dr. Guido Schacht	AVAG Holding AG
Jochen-Michael Speck	FMIS Financial Markets Information Services GmbH, München (Vorsitzender) ¹ HVB Direkt Gesellschaft für Direktservice und Direktvertrieb mbH, München ¹ HVB Informations-Verarbeitungs-GmbH, München ¹ IND ^{EX} CHANGE Investment AG, München ¹ RBU R. Böker Unternehmensgruppe AG, München
Raymond Trotz	Aufbaugesellschaft Bayern GmbH, München Internationales Immobilien-Institut GmbH, München ¹
Hartmut Wagner	AGROB AG, München ¹ D.I.B. Gesellschaft für Standortbetreiberdienste mbH, Ottobrunn Lindner AG Lindner Holding KGaA, Arnstorf Tivoli Grundstücks-AG, München ¹
Peter Wallner	Matino AG, Berlin
Bernhard Weiß	Financial Management Group AG
Horst Weißflach	Gerhard Meier AG, Regensburg
Udo R. Zill	WBRM-Holding GmbH, Essen WohnBau Rhein-Main AG, Frankfurt

¹ Konzernmandat.

ANGABEN ZUM HYPOTHEKENBANKGESCHÄFT

DECKUNGSRECHNUNG

in Mio €	2000	1999
A. Hypothekendarlehen		
Ordentliche Deckung		
1. Forderungen an Kreditinstitute		
Hypothekendarlehen	9	15
2. Forderungen an Kunden		
Hypothekendarlehen	52 280	48 577
3. Sachanlagen (Grundschulden auf bankeigene Grundstücke)	250	257
4. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	—	—
5. Sonstige Vermögensgegenstände	—	—
Ersatzdeckung		
1. Andere Forderungen an Kreditinstitute	—	—
2. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2 623	4 260
3. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	—	—
Zwischensumme	55 162	53 109
Summe der deckungspflichtigen Hypothekendarlehen	52 501	52 363
Überdeckung	2 661	746
B. Öffentliche Pfandbriefe		
Ordentliche Deckung		
1. Forderungen an Kreditinstitute	1 295	1 714
Hypothekendarlehen	—	—
Kommunalkredite	1 295	1 714
2. Forderungen an Kunden	16 178	19 124
Hypothekendarlehen	231	275
Kommunalkredite	15 947	18 849
3. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	8 580	6 520
Ersatzdeckung		
Andere Forderungen an Kreditinstitute	—	—
Zwischensumme	26 053	27 358
Summe der deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefe	24 297	26 168
Überdeckung	1 756	1 190

HYPOTHEKENDARLEHEN

	Anzahl der beliehenen Objekte	2000 Mio €	1999 Mio €
1. Gliederung der Deckungshypotheken nach			
a) Größengruppen			
bis einschließlich DM 100 000,-	157 214	5 172	4 879
über DM 100 000,- bis DM 1 000 000,-	270 996	29 023	26 597
über DM 1 000 000,-	10 401	18 094	17 116
	438 611	52 289	48 592
b) Gebieten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen			
Baden-Württemberg	42 459	4 042	3 914
Bayern	164 842	19 741	18 374
Berlin	12 745	2 725	2 385
Brandenburg	13 817	1 735	1 471
Bremen	1 231	171	174
Hamburg	5 836	1 228	1 166
Hessen	22 962	3 765	3 542
Mecklenburg-Vorpommern	5 861	701	626
Niedersachsen	18 677	1 844	1 803
Nordrhein-Westfalen	46 926	5 185	4 943
Rheinland-Pfalz	18 469	1 672	1 610
Saarland	6 015	464	432
Sachsen	33 701	4 209	3 761
Sachsen-Anhalt	12 914	1 447	1 297
Schleswig-Holstein	16 183	1 499	1 364
Thüringen	15 947	1 847	1 716
	438 585	52 275	48 578
Frankreich/Monaco	10	1	1
Luxemburg	1	4	4
Niederlande	6	7	7
Österreich	9	2	2
	438 611	52 289	48 592
c) Art der Pfandobjekte			
gewerblich genutzte Grundstücke		15 194	13 946
Wohnzwecken dienende Grundstücke		36 814	34 373
Bauplätze		198	169
Unfertige, noch nicht ertragsfähige Neubauten		31	51
Landwirtschaftlich genutzte Grundstücke		52	53
		52 289	48 592
2. Rückzahlungen			
Planmäßige Tilgungen		2 390	2 380
Außerplanmäßige Rückzahlungen		2 823	4 870
Rückzahlungen nach Ablauf der Konditionenbedingungen		2 544	1 868
		7 757	9 118

	Anzahl der Fälle	Hiervon entfallen auf Grundstücke	
		Gewerblich genutzt	Wohnzwecken dienend
3. Zwangsmaßnahmen			
a) Am 31. Dezember 2000 anhängige			
Zwangsversteigerungsverfahren	3 392	230	3 162
Zwangsverwaltungsverfahren	197	31	166
Zwangsversteigerungsverfahren und Zwangsverwaltungsverfahren	1 658	242	1 416
	5 247	503	4 744
(Vergleichswerte von 1999)	2 944	259	2 685)
b) Im Jahre 2000 durchgeführte			
Zwangsversteigerungsverfahren	516	36	480
(Vergleichswerte von 1999)	935	55	880)
4. Grundstücksübernahmen			
Im Jahre 2000 wurden zur Verhütung von Verlusten übernommen	1	1	—
(Vergleichswerte von 1999)	1	1	—)

ZINSRÜCKSTÄNDE

Die Zinsrückstände bei Hypotheken aus Fälligkeiten vom 1. Oktober 1999 bis 30. September 2000 beliefen sich auf 126 Mio € und wurden in erforderlichem Umfang wertberichtigt. Die Rückstände verteilen sich auf:

in Mio €	2000	1999
Gewerblich genutzte Grundstücke	35	40
Wohnzwecken dienende Grundstücke	91	97

GEWINNVERWENDUNGSVORSCHLAG

Der im Jahresabschluss 2000 der Hypo-Vereinsbank AG ausgewiesene Bilanzgewinn beträgt 456 Mio € (359 Mio €). Der Hauptversammlung am 22. Mai 2001 schlagen wir vor zu beschließen, den Bilanzgewinn gemäß § 26

unserer Satzung zur Zahlung eines Vorausgewinnanteils von 0,08 € je stimmrechtslose Vorzugsaktie (insgesamt 1,2 Mio €) und zur Ausschüttung einer Dividende von 0,85 € auf jede gewinnberechtigte Stammaktie und jede stimmrechtslose Vorzugsaktie zu verwenden.

München, den 6. März 2001

BAYERISCHE HYPO- UND VEREINSBANK AKTIENGESELLSCHAFT

Der Vorstand

Bub Eisele Juchem Nolting Rampl Randa Rauch
Schmidt Schüller Siebertz Sprißler

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2000 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss und den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die

Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

79

München, den 20. März 2001

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Wohlmannstetter
Wirtschaftsprüfer

Pastor
Wirtschaftsprüfer

Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer

erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; wir weisen insbesondere auf § 328 HGB hin.

Herausgeber

Bayerische Hypo- und Vereinsbank

Aktiengesellschaft

Sitz München

80311 München

www.hypovereinsbank.de

Registergericht: München HRB 421 48

Gestaltung: Gottschalk+Ash Int'l

Satz: Max Vornehm GmbH

Druck: Druckerei Kriechbaumer

Printed in Germany